

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Ml. Anzeigenpreis die 3 gespaltenen Petitzteile 40 Pf.
Telephon Nr. 535

Eigenium des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluss der Redaktion: Montag Abend 8 Uhr. Beiträge, Abonnementsbestellungen etc. sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Innerlich fest.

Die Persönlichkeit: so tauscht Emerson, der bekannte amerikanische Dichterphilosoph, seinen Idealmenschen, jenen Menschen, der empfänglich für die ewigen Prinzipien, selbständig und wahrhaft, ein Genie des Geistes und des Herzens ist. Er ist allerdings noch unerfüllte Sehnsucht, und doch brauchen wir seine Hilfe so notwendig. Er gewährt uns einen Einblick in das Wesen der Dinge; er zeigt uns die fruchtbare Größe und den Ernst des Lebens, in ihm finden wir — erhöht und verklärt — unsere eigenen Wesen, er muß uns vor unseren Heitgenossen retten und vor ihren Freitümern schützen, er ist das gute Gewissen der Gesellschaft.

So bleibt uns denn nichts anders übrig, als uns selbst, soweit es möglich ist, zu diesem Ideal der Persönlichkeit hinaufzuarbeiten. Denn die Fruchtbarkeit, ja der Bestand unseres sozialen Lebens hängt davon ab, daß mit diesem Ideal möglichst nahe kommen. „Wer den gegenwärtigen Zustand dessen, was man vorzugswise die „Gesellschaft“ nennt, betrachtet wird die Notwendigkeit dieser Ethik begreifen. Es ist, als ob Sehnen und Herz aus den Menschen gezogen wären; wir sind furchtsame,leinmütige Windele geworden. Wir fürchten uns vor der Wahrheit, wir fürchten uns vor dem Schicksal . . . und wir fürchten uns einer vor dem andern.“

Wir rennen und hasten in Geschäften umher, als wenn wir damit die Seligkeit gewinnen könnten, und werden dabei doch nur jammerliche Arbeitstiere, weil wir uns „mit der Arbeit identifizieren, statt uns von der Seele des Meisters durchdrücken zu lassen.“ — Wir müssen die Arbeit erhöhen, statt uns mit ihr herabziehen zu lassen.

Es ist das sicherste Kennzeichen wahrer und in sich gefestigter Menschen, daß sie mit einander verkehren wie Sternenschauer, wie Könige. „Wir sollten uns jeden Morgen begegnen, als kämen wir aus sernen Landen, und wenn wir den Tag mit einander verbracht haben, und abends verlassen, als zögen wir in ferne Lande . . . Alle Komplimente und Ceremonien unserer Lebensart sollten, wenn auch noch so entfernt, eine Erinnerung an die Größe unserer Bestimmung bedeuten.“

Deutsche Aktien-Gesellschaften und ihre Rentabilität.

Für die Ziele und Taktik der Gewerkschaften ist es von größter Wichtigkeit, die Rentabilität der Unternehmungen zu kennen und einen Maßstab zu haben für die Höhe der Unternehmergewinne. Die Privatunternehmungen sind diesbezüglich unkontrollierbar. Dagegen bieten die Aktiengesellschaften, welche gelegentlich verpflichtet sind, ihre Bilanzen zu veröffentlichen, einen guten Inhaltspunkt. Bisher wurden schon private Statistiken über die Rentabilität der Aktiengesellschaften schon veröffentlicht, besonders seitens der großen Handelsblätter. Seit Jahren macht sich jedoch der Wunsch seitens der Kreise des Handels und der Industrie, wie auch der nationalökonomischen Wissenschaft in steigendem Maße geltend, daß seitens der Reichsregierung eine genaue offizielle Statistik aufgenommen würde über die Bewegung der Aktiengesellschaften.

Diesem Wunsche ist das Kaiserlich Statistische Amt nunmehr nachgekommen. Vor zwei Jahren hat es — wie die Frankfurter Zeitung berichtet, der wir den wesentlichen Teil der nachstehenden Angaben entnehmen — eine Statistik des Bestandes der Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien im Deutschen Reiche am 31. Dezember 1908 veröffentlicht, deren noch vorhandene Ungenauigkeiten übrigens jetzt durch eine am 30. September dls. Jz. vorzunehmende Bestandsaufnahme sämtlicher deutschen Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, bergbaulichen Gewerkschaften, Kolonialgesellschaften, Versicherungsvereine etc. durch die Handelsregistergerichte bestigt werden sollen. Der zweite Schritt des statistischen Amtes war die Veröffentlichung einer fortlaufenden Bewertungsstatistik, die die im Bestande der Gesellschaften durch Neugründungen und Kapitalerhöhungen einerseits sowie durch Auflösung andererseits entstehenden Veränderungen registrierte.

Der jetzige weitere Schritt ist die erstmalige Veröffentlichung einer Rentabilitätsstatistik, die die Geschäftsergebnisse aller derjenigen deutschen Aktiengesellschaften umfaßt, die in der Zeit vom 1. Juli 1901 bis 30. Juni 1908 ihr Geschäftsjahr abgeschlossen haben. Das Ergebnis dieser Statistik liegt jetzt als zweites Ergänzungsbuch zu den Vierteljahrsheschen zur Statistik des Deutschen Reiches vor. Es enthält die Vorgeschichte und die Grundsätze der neuen Statistik, vor allem aber in dieser selbst eine Fülle von wichtigen Ergebnissen.

Die gewonnenen Resultate sind, wie eingangs schon betont, auch für uns Arbeiter in der Gewerkschaftsarbeit sehr wertvoll, weshalb nachfolgend das Wichtigste aus der bett. Statistik angeführt sei.

Die Bestandsaufnahme für den 30. Juni 1908 ergab neben 290 Gesellschaften mit 354,69 Mill. Ml. Kapital in Liquidation und 75 Gesellschaften mit 45,22 Mill. Mark Kapital in Konkurs, insgesamt 5166 tätige Aktiengesellschaften mit einem Nominalkapital von 14 420,06 Mill. Mark Aktienkapital. Von diesen Aktiengesellschaften schließen für die Rentabilitätsstatistik aus: 113 Gesellschaften mit 92,70 Mill. Ml. Kapital webenleistungsgesellschaften, 11 Kartelle oder Syndikate mit 5 Mill. Ml. Kapital und 201 Gesellschaften, die sahngsgemäß keine Dividende verteilen, diese auf einen Höchstmaß beschränkt oder nicht wirtschaftlichen Zwecken dienen. Außerdem konnten 263 Gesellschaften nicht berücksichtigt werden, die aus gesetzlichen oder geschwibigen Gründen ihre Bilanz nicht veröffentlicht haben. Berücksichtigt sind demnach 4578 reine Erwerbsgesellschaften (2593 in Preußen und 1985 in den außerpreußischen Bundesstaaten). Diese 4578 Gesellschaften hatten insgesamt ein eingezahltes Aktienkapital von 12 788 851 000 M.; echte Reserven 2 660 659 000 M.; mithin ein Gesamunternehmungskapital von 15 324 400 000 M. Eine Übersicht über die Aktiengesellschaften in denjenigen Gewerbebranchen, die im Bereich unserer Organisation liegen, d. h. in der Metall- und chemischen Industrie, ergibt folgendes Bild:

Gewerbebranchen	Zahl der Gesellschaften	Gesamt-Aktien-Kapital	Ges. Dividende	Unternehmungskapital	Gewinn in 1000 Mark	
					(in 1000 Mark)	
Gemischte Bergwerks- u. Hüttenbet.	37	805 457	143 999	941 582		
Metallverarbeitung	144	219 345	28 745	247 685		
Maschinenindustrie	507	1498 688	266 922	1734 087		
Maschinen und Apparate	335	643 523	134 099	770 611		
Schiffbau	20	64 094	12 207	75 520		
Elektrotechnische Industrie	46	201 894	26 707	222 906		
Elektrizitäts-Erzeugung	75	529 008	81 934	593 807		
Chemische Industrie	137	362 002	119 501	479 678		

Am höchsten steht die Maschinenindustrie mit 507 Aktiengesellschaften, die über ein Riesen-Betriebskapital von eindreißig Milliarden Mark verfügen. Für uns als Gewerkschaftler ist die Kenntnis der Rentabilität dieser Unternehmungen besonders wichtig. Nach der im „Zentralblatt“ Nr. 19 mitgeteilten Statistik zahlten von 4578 Gesellschaften, welche die Statistik erfaßt hat, 3906 an ihre Aktionäre Dividenden aus, während 1153, d. h. der vierte Teil der Gesamtzahl, keine Dividenden zahlten. Von den dividendenlosen Gesellschaften entfallen nach Gewerbearten:

Kalibergbau 74,1% aller Aktiengesellschaften, Stein- und Braunkohlenbergbau 22,2%, Braunkohlenbergbau 23,5, Glassfabrikation 22,2, Eisen- und Stahlindustrie 21,7, Maschinen- und Apparatebau 20,0, elektrotechnische Industrie 26,1, Elektrizitätswerke 18,7, chemische Industrie 18,2, Textilindustrie 16,6, Papierindustrie 30,9, Lederindustrie 32,2, Brauereien und Mälzereien 19,6, Tabak- und Zigarrenfabriken 0, Baugewerbe 40,5, Banken 4,3, Hypothekenbanken 2,7, Versicherungsgesellschaften 11,1, Betriebsgewerbe 26,9, 2,7, Kolonialgesellschaften 58,3%.

Man darf annehmen, daß ein großer Teil der dividendenlosen Gesellschaften solche sind, welche die Unternehmung erst kurz begonnen haben, also in der Gründung sind. Das ist besonders im Kalz-, Stein- und Braunkohlenbergbau der Fall. Auch ältere Gesellschaften, welche im Berichtsjahr Vergrößerung der Betriebe vorgenommen oder neue hinzugenommen haben, werden dividendenlos geblieben sein. Man darf deshalb auf Grund der Tatsache, daß 25% der Gesellschaften keine Dividenden zahlten, nicht schließen auf eine schlechte Lage der genannten Gewerbe überhaupt.

Die Rentabilität der Aktien-Gesellschaften in der Metall- und chemischen Industrie ist aus folgender Zusammenstellung ersichtlich:

Gewerbebranchen	Zahl der Gesellschaften	Gewinne in 1000 Mark	Verluste in 1000 Mark	Gewinne in 1000 Mark	
				(in 1000 Mark)	(in 1000 Mark)
Gemischte Bergwerks- u. Hüttenb.	32	98 221	5	2652	
Metallverarbeitung	121	27 245	23	2249	
Maschinenindustrie	445	174 548	58	6782	
Maschinen und Apparate	298	86 193	33	3738	
Schiffbau	18	5 329	1	286	
Elektrotechnische Industrie	39	21 043	7	1661	
Elektrizitäts-Erzeugung	63	51 565	8	1054	
Chemische Industrie	117	73 578	18	1875	

Gewerbebranchen	Zahl der Gesellschaften	Gesamt-Gewinn in 1000 Mark	Dividende in 1000 Mark	Gesamt-Gewinn in 1000 Mark	
				(in 1000 Mark)	(in 1000 Mark)
Gemischte Bergwerks- u. Hüttenb.	95 476	10,1	12,0	76 004	9,5
Metallverarbeitung	24 996	10,1	11,4	19 546	8,9
Maschinenindustrie	187 768	9,7	11,4	128 147	8,1
Maschinen und Apparate	82 455	10,7	13,0	58 899	9,3
Schiffbau	5 043	6,7	8,6	3 930	6,2
Elektrotechnische Industrie	19 382	8,7	9,0	15 756	8,0
Elektrizitäts-Erzeugung	50 511	8,5	9,9	41 940	8,2
Chemische Industrie	71 708	14,9	19,9	56 401	15,7

Die höchsten Dividenden von den vorstehenden Gruppen hat also die chemische Industrie abgetragen, während die Arbeiter dieser Werke aber bis heute noch außerordentlich schlecht gestellt sind. Die Rentabilitätsstatistik wird ein wichtiges Erkennungszeichen für den Hoch- oder Tiestand des Gewerbes werden. Für die Gewerkschaften ist sie von ganz besonderer Bedeutung. An dieser Statistik läßt sich ersehen, ob der Arbeitslohn im rechten Verhältnis zum Unternehmergevinum steht.

Nach dem Schlußergebnis der Gesamtstatistik beträgt der Gewinn bei allen Gesellschaften im Durchschnitt 8,4% des Unternehmungskapitals, 10,1% des dividendenberechtigten Aktienkapitals und die wirklich ausgezahlte Dividende beträgt 8,1% des Aktienkapitals. Dabei schwanken die Ergebnisse je nach Gewerbebranchen ganz erheblich. Um besten steht das Versicherungsgewerbe mit 19,3%, dann folgt die chemische Industrie mit 15,7, Steinkohlen 12,6, Braunkohlen 10,2, Glassfabrikation 11,8%.

Wie sich diejenigen Gesellschaften, die überhaupt eine Dividende auszahlten, auf die verschiedenen Dividendenfähigkeiten verteilt, zeigt die folgende Tabelle:

Dividendenprozent	Zahl der Gesellschaften	Dividenden bezügliches Aktien-Kapital in 1000 M.	Dividenden bezügliches Aktien-Kapital in 1000 M.	
			(in %)	(in %)
0—1	31		47,979	0,4
1—2	116		232,421	2,1
2—3	144		162,883	1,5
3—4	340		487,645	4,4
4—5	405		970,399	8,7
5—6	394		1,433,958	12,9
6—7	289		1,244,772	11,2
7—8	392		1,608,985	14,5
8—9	149		1,215,105	10,9
9—10	328		875,180	7,8

Siebelung der Arbeiter durch den Arbeitsnachweis.

Die organisierten Industrieleute befinden sich auf dem Kriegspfad gegen die organisierten Arbeiter. Sie kämpfen an gegen die Gewaltlosigkeit und gegen die Freiheit des Arbeitsvertrags. Von Vertretern der Arbeitgeberverbände ist es wiederholt ganz unverhohlen ausgesprochen worden, daß insbesondere der Arbeitsnachweis vollständig in die Hände der Arbeitgeber gebracht werden müsse, um die Macht der Unternehmerverbände zu stärken. Die Gewerkschaften sollen dadurch klein, die Arbeiter gefügig gemacht werden. Noch auf der letzten Arbeitsnachweiskonferenz des Vereins Deutscher Unternehmerverbände 1903 in München wurde als Ziel ins Auge gefaßt: Beherrschung des gesamten Arbeitsmarktes durch die Arbeitgeber.

Diese Absichten zu verwirklichen, sind die Arbeitgeberorganisationen nachdrücklich bestrebt. Sie finden dabei teilweise die Hilfe der sozialdemokratischen Gewerkschaften. In ihrem Haufe gegen alle auf anderem Boden stehenden Gewerkschaften und anders als sozialdemokratisch Organisierte schließen sie diese nicht nur von ihren Arbeitsnachweisen aus, sondern verlassen auch die Arbeitgeberverbände, dasselbe zu tun. So wurde denn auch im Chemikaphenarist, mit Zustimmung der sozialdemokratischen Gewerkschaft, bestimmt, daß nur sozialdemokratisch Organisierte vermittelt und von den Arbeitgebern beschäftigt werden dürfen. Durch diese Tarifabmachung wird zunächst beweckt, daß nur Arbeiter mit einem roten Verbandsbuch eine Stelle erhalten. Wer auch die Arbeitgeber dieses Geistes werden durch die „Nuge“ Taktik der Sozialdemokraten in die Organisation getrieben, und diese wohl nicht zum Nutzen der Arbeiter verstärkt. Auch im Organisationsvertrag für das deutsche Buchdruckerhandwerk bestand bis vor kurzem ein Zwangsparagraph, welcher die Mitglieder des Deutschen Buchdruckervereins, also die Unternehmerorganisation verpflichtete, nur solche Gehilfen einzustellen, die dem Verbande der deutschen Buchdrucker angehörten.

Damit haben die „freien“ Gewerkschaften im Grunde genommen die Herrschaft der Arbeitgeberverbände über den Arbeitsnachweis zu gestanden und der Gesamtunternehmer einen schweren Schlag versetzt. Sie haben in den vorgezeichneten Fällen das Prinzip: Freiheit des Arbeitsvertrags, Freiheit der Arbeitsvermittlung, gebrochen und so die Bestrebungen der Arbeitgeber, die Alleinherrschaft auf diesem Gebiete zu erlangen, prinzipiell gefordert. Wenn die sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht fortgesetzt Verrat an den Arbeiterinteressen üben wollen, werden sie eine andere Haltung in der Frage der Arbeitsvermittlung enehmen müssen.

Der neuste Vorstoß gegen die Arbeiterschaft geht aus vom Verbande „Bayerischer Metallindustrieller“. Eoeben, 29. September 1909, gibt dieser Verband folgenden Befehl in den Zeitungen bekannt:

Begegnung des Missbrauchs des Alkohols.

In der am 15. September in Nürnberg abgehaltenen Hauptversammlung des Deutschen Vereins gegen den Missbrauch geistiger Getränke hat der frühere Staatssekretär Graf von Posadowsky-Wehner einen Vortrag gehalten, der weitere Verbreitung verdient und deshalb im nachfolgenden wenigstens teilweise wiedergegeben sei.

Meine hochgeehrten Damen und Herren! Nachdem Sie die Freundschaft gehabt haben, mich zu Ihren Ehrenvorsitzenden zu ernennen, werden Sie mir in dieser meinigen Eigenschaft und als Ehrenmitglied Ihres Vereins gestatten, einige Worte zu der großen Frage, welche die Grundlage Ihres Vereins bildet, zu äußern. Sie haben Ihre Sitzung in einem Staate anberaumt, in welchem das Alkoholgewerbe eine hervorragende wirtschaftliche Bedeutung hat, gestützt auf eine mit großer Eintracht geführte Landwirtschaft. Daneben hat der Staat an dem Bestehen dieses Gewerbes ebenso wie das Reich ein hervorragendes fiskalisches Interesse. Es könnte hierauf scheinen, als ob zwischen den Interessen des Staates und den wirtschaftlichen Interessen der Landwirtschaft und des Alkoholgewerbes auf der einen Seite und zwischen Ihren Zielen, die auf eine Verminderung des Alkoholgenusses hinstreben, andererseits ein unüberbrückbarer Gegensatz bestände.

Ein solcher Gegensatz scheint mir aber nicht unbedingt zu bestehen. Ich glaube, selbst die größten Optimisten unter Ihnen werden nicht glauben, daß der Alkoholgenuss gänzlich unterdrückt werden kann und wird, wenn auch die schärfere Richtung unter Ihnen dieses Ziel auf bringt, zu erreichen sucht. Ich glaube, wir könnten es schon als einen sehr schönen Erfolg betrachten, wenn die heranwachsenden Geschlechter nur das Quantum an Alkohol verbrauchten, um das sich der Alkoholgenuss des lebenden Geschlechtes allmählich vertilgt, mit anderen Worten, wenn die jungen Generationen an Alkohol zu einem Bevölkerungsstande gelange. Bei unserer schnell wachsenden Bevölkerung würde sich dann das auf den Kopf der Bevölkerung entzessende Quantum Alkohol schnell

„Der Arbeiterschaft geben wir davon Kenntnis, daß am 1. Oktober 1909 in unserer Nachweistellen eröffnet werden. Dieselben befinden sich in Augsburg Annastr. 217, in München Rummelsstr. 42, in Nürnberg Sandstr. 4 (nächst dem Blärrer). Sie sind für Arbeitssuchende von 9-12 Uhr vormittags und 3-5 Uhr nachmittags geöffnet.

Vom Tage der Eröffnung der Arbeitsnachweistellen werden bei unseren in Augsburg, München, Nürnberg und Fürth gelegenen Mitgliedern Einstellungen von Arbeitern an den Fabrikoren nicht mehr stattfinden. Alle Arbeiter, welche bei diesen Firmen Arbeit finden wollen, haben sich ausnahmslos unter Vorlegung von Legitimationspapieren und ihres letzten Entlassungsschreibens bei den Nachweistellen persönlich als Arbeitssuchende einzutragen zu lassen, worauf ihnen nach Möglichkeit Arbeit nachgewiesen werden wird.“

Das ist das Monopol in den Händen der Industrieleute, die Beherrschung des Arbeitsmarktes durch den Arbeitgeberverband, das ist die slavische Abhängigkeit der Arbeiter vom Willen der Fabrikanten.

Nach dem früher bekannt geworbenen „streng vertraulichen“ Rundschreiben ist der Arbeitsnachweis für die Mitglieder des Industriellenverbandes obligatorisch, das heißt kein Industrieller darf einen andern als durch den Arbeitsnachweis vermittelten Arbeiter in Beschäftigung nehmen. Beim Arbeitsnachweis aber liegen die Qualifikationslisten der in Beschäftigung stehenden Arbeiter, dort kennt man die aus der Arbeit scheidenden Arbeiter, und bei der Vermittlung wird dann eine entsprechende Siebung oder auch gänzliche Ausscheidung vorgenommen. Der Verband bayr. Metallindustrieller hat sämtliche in den Betrieben seiner Mitglieder beschäftigten Arbeiter statistisch erfaßt, auf Listen zusammengestellt und diese den genannten Arbeitsnachweistellen übermittelt. Dadurch ist der Verband in die Lage versetzt, bei der Strafe des Verhungerns die einzelnen Arbeiter fest in der Hand zu behalten, sie gefügig zu machen. Es ist ein Versuch, den Einfluß der Gewerkschaften auszuschalten, die Freiheit des Arbeitsvertrags zu beseitigen.

Dagegen muß die gesamte Arbeiterschaft mit Entschiedenheit Front machen. Es muß versucht werden, die Arbeitsnachweise der Unternehmer zu sperren. Die Arbeitsvermittlung muß durch eine unparteiische Stelle, durch die Gemeinde- oder Staatsbehörden, unter Mitwirkung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern geführt werden. Die Arbeiterschaft muß in Versammlungen gegen die Unterdrückungsversuche der Unternehmer protestieren, muß die öffentliche Meinung von den feinen Blänen derselben unterrichten, die Gesetzgebung in Bewegung setzen.

Gerade die Metall- und Eisenindustrie ist durch die Gesetzgebung in ihrem Bestande und in ihrer Entwicklungsfähigkeit in hohem Maße geschützt und gefördert worden. Dieselbe Gesetzgebung darf nicht zulassen, daß die Arbeiter dieser Industrie wie Heute behandelt, ihre Organisationen ausgeschaltet

vermindern und wir in 10 bis 15 Jahren vielleicht eines der nüchternsten Völker Europas sein.

Die verbündeten Regierungen stehen im Kampf gegen den Alkoholmissbrauch jedenfalls auf unserer Seite, denn schon seit langem planen sie eine verschärfung der bestehenden Schankgesetzgebung. Ich persönlich verspreche mit von der Polizeigesetzgebung, die vielfach so leicht zu umgehen ist, nicht allzu viel Erfolg. Ich erwarte mehr von Sitte und Beispiel. Von vorwiegenden gesetzlichen Maßregeln möchte ich es aber immer noch für das Wirkamste halten, Schankschulden wie Spielschulden zu behandeln, d. h. für nicht klugbar zu erklären.

Dass die Regierung unseren Bestrebungen freundlich gegenüber steht, ergibt sich auch daraus, daß einzelne Behörden zur Verminderung des Alkoholgenusses in ihrem Geschäftsbereich geradezu müsterhafte Einrichtungen getroffen haben.

Der Missbrauch alkoholischer Getränke verstoßt unzweifelhaft gegen die guten Sitten. Der Staat hat sittliche und ideale Aufgaben zu erfüllen. Wenn wir durch die Bekämpfung des Alkoholismus schlechte Sitten durch gute ersetzen wollen, so können wir hierauf den Staat mit vollem Rechte als unseren natürlichen Bundesgenossen betrachten.

Wir haben aber witzliche Gegner, geheime und offene. Bei unserer Stellung zur Öffentlichkeit muß ich bisweilen ein eine Inschrift denken, die ich irgendwo über dem Tor eines alten Rathauses sah. Ich glaube, es war in Wernigrode. Dort hieß es: „Der eine acht's, der andere betracht's, der dritte verlacht's, was macht's?“

Wir haben uns bereits weitkreis erobert, die unserer Bewegung Achtung zollen: namentlich in den Großstädten hat die Bekämpfung des Alkoholgenusses in allen Kreisen der Gesellschaft offenbare Fortschritte gemacht; weniger ist dies vielleicht der Fall in der Provinz, wo es bisweilen an genügender geistiger Anregung und an Gelegenheit zu etlaudten Berichterstattungen fehlt. Eine Persönlichkeit, die berufsmäßig verpflichtet ist, öffentliche Versammlungen in Berlin zu suchen, sagte mir, daß man in früheren Jahrzehnten dort vielfach angehoberte Personen getroffen hätte,

und sie von der Teilnahme an den städtischen Gewerkschaften der Industrie ausgeschlossen werden. Daraum um wichtiges geht es zum Schluß beim Kampf um den Arbeitsnachweis. Es ist wichtig genug, daß die Arbeiterschaft einsinnig sich an denselben beteiligt. Christliche Gewerkschafter! Woraus, an die Spitze mit dem Schlachtruf: Deßwiderlicher, paritätischer Arbeitsnachweis!

Zur Beurteilung der wichtigen Frage der Arbeitsnachweise finden sich in Nr. 88 und 89 des „Metallarbeiter“ orientierende Artikel. Sie reicht.

Der schlimmste Mißstand in der modernen Großindustrie

liegt weniger in den Lohnverhältnissen, wie in den ungeregelten, zum großen Teil noch überlangen Arbeitszeiten. Beihauende von Arbeitern in den Werken mit ununterbrochenem Betrieb sind bei schwerster körperlicher Arbeit täglich 12 Stunden an ihre Arbeitsstelle gefesselt und haben überdies alle vierzehn Tage die verhältnisse, über vierundzwanzig Wechselseitigkeit zu leisten. Vierundzwanzig Stunden lang in staub- und gasgeschwängter Luft, dazu auch noch in einer Gluthitze, die schwere körperliche Arbeit verrichten, das ist eine geradezu unmenschliche, kulturstiftende Ausforderung, die tatsächlich keinen Arbeitsteil zugeschlagen wird. Aber den zehntausenden Arbeitern an den Hochöfen, in den Martin-, Bessemer- und Thomasstahlwerken, in den Kupfer-, Blei- und Zinkhütten, in der chemischen Industrie usw. wird diese unmenschliche Leistung im modernen Zeitalter des 20. Jahrhunderts nach wie vor zugemutet.

Die Bestrebungen zur Beseitigung dieses unhalbaren Leidestandes stoßen in den Kreisen des großkapitalistischen Unternehmertums auf den heftigsten Widerstand, und leider hat die Regierung und Gesetzgebung diesem Widerstand bis heute noch allzusehr Rechnung getragen. Der einfache Beweis dafür liegt in der ganz unzulänglichen Bundesratsverordnung für die Großseisenindustrie, die am 1. April d. J. in Kraft getreten ist, die die brennende Frage der 24-Stunden-Schicht aber völlig unberührt gelassen hat.

Seit Jahren ist der christliche Metallarbeiterverband für die Arbeiter der schweren Industrie unablässig tätig gewesen, hat insbesondere die Abschaffung der ruinösen 24-stündigen Arbeitschicht gefordert. Er hat wenigstens das erreicht, daß die Frage öffentlich diskutiert wird und auch nicht mehr aus den Größterungen verschwindet, bis sie im Sinne der Menschlichkeit und Humanität selbst ist. In den Gewerbeinspektionsberichten für 1908 hat sich der Gewerberat des industriereichen Bezirks Düsseldorf eingehend mit der Frage der 24-Stunden-Schicht beschäftigt. Den diesbezüglichen Ausschreibungen entnehmen wir folgendes:

Zu den Eisenhüttenwerken stellt sich die 24-stündige Wechselschicht noch in recht ausgedehntem Massangebot; im Hochöfenbetriebe bildet sie noch ausnahmslos die Regel. Von 1904 in den 13 Hochöfenanlagen des Bezirks beschäftigten Arbeitern mußten im letzten Jahre

während sich jetzt solche Versammlungen meist in größter Rückerinnerung, Ruhe und Ordnung abspielen.

Sehr viele unserer Bürgen betrachten aber leider nur unsere Bestrebungen; es sind das die Gleichgültigen, die nach Dantes Göttlicher Komödie auf dem aschgrauen Rande des Fegefeuers sitzen. Seine geistig tragen Egoisten, die da glauben, daß die Deutschen seit sie eine Geschichte haben, trinkende Leute waren und von dieser Leidenschaft nicht ablassen werden, so lange es eine deutsche Geschichte gibt. Diese Gleichgültigen haben noch nicht die Bedeutung unserer Bewegung für unser gesamtes Volksleben zu begreifen vermocht. Sie haben noch nicht erkannt, daß die Mäßigkeitbewegung nur ein untrennbarer Teil einer notwendigen und vernünftigen Sozialpolitik ist, d. h. jener großen Bewegung unserer Tage, die bewußt dahin strebt, allen Kreisen unseres Volkes das höchstmögliche Maß geistigen, sittlichen und körperlichen Wohlbefindens zu sichern. Einen mir bekannten Franzosen, mit dem ich einmal in Frankreich durch eine französische Provinzstadt ging, wies ich hin auf die ungewöhnlich große Anzahl von Cafés, in denen man weniger Kaffee als höchstbedenklische alkoholische Getränke zu verbringen pflegt. Er antwortete mir: „Was wollen Sie?“ Die Cafés sind die Salons der kleinen Leute.“ Ich kann nicht leugnen, daß diese Entschuldigung eine gewisse innere Berechtigung verdient. Der Mann, der aus dumpfiger Unterkunft oder aus lärmenden und staubigen Fabrikräumen abends nach getaner Arbeit nach Hause kommt und kein warmes, gemütliches, stilles Heim findet, wird nur leicht versucht sein, im Wirtshaus Licht, Wärme und Gesellschaft zu suchen, um die Mühen und Sorgen der Arbeit und vielleicht auch Familiensummer für ein paar Stunden zu vergessen. Im Alkohol glaubt er einen Sonnenstrahl vorübergehenden Glücks zu trinken!

Es ergibt sich hieraus, daß die Alkoholfrage ebenso eng mit der Wohnungsfrage zusammenhängt, wie mit den Fragen der Volksgesundheit und der Kriminalität. Daß die Alkoholfrage nur ein Teil der sozialen Frage überhaupt ist, kommt in unserem Berichte zum nächsten Ausdruck, da sich hier Verwir-

5619 über 61,9% regelmäßig 24stündige Schichten an jedem zweiten Sonntag verfahren. Sie in diesen Schichten auszuführenden Arbeiten sind durchweg blosse, wie sie während der übrigen Schichten geleistet werden, und größtenteils anstrengender oder verantwortlicher Art. Sie bestehen in der Bedienung der Maschinen und Apparate, im Massenmachen, Abstellen der Hochöfen, Koks-, Erz- und Salzhäfen usw. Die Besetzung der 24stündigen Schicht ist daher ohne Zweifel gerade hier in hohem Maße wünschenswert.

Weiter verbreitet ist die 24stündige Wechselschicht in den Martin-, Wesseler- und Thomassstahlwerken und den zugehörigen Walz- und Hammerwerken. Zu diesen Betrieben werden an den Sonntagen nur einzelne unumgänglich notwendige Arbeiten vorgenommen. In den Marlinstahlwerken ist es üblich, die Oesen während des Sonntags warm zu halten, einerseits, damit bereits Sonntag nachts die neue Charge in die Oesen eingesetzt werden kann, die dann Montag früh zum Guss fertig ist, andererseits, weil die Oesen, besonders die großen, bei einer längeren Betriebsunterbrechung infolge Abkühlung zu sehr leiden würden.

Weiterhin sind in den Kupfer- und Zinkhütten des Bezirks 24stündige Wechselschichten üblich. Hier kommen im ganzen 8 Betriebe mit 1152 Arbeitern in Betracht, von denen 247 Arbeiter, also 21%, regelmäßig zu 24stündigen Schichten herangezogen werden.

Auch in einer Anzahl von Ziegelfabriken, Salzbrennereien, Zement- und Chamottefabriken und Glasbläten sind sich die 24stündige Wechselschicht. Von den Gewerbeinspektoren wurden im ganzen 66 Betriebe mit 2196 Arbeitern ermittelt, von denen 184, also 8,4%, regelmäßig an 24stündigen Wechselschichten beteiligt sind.

In der Industriegruppe V (Metallverarbeitung) sind von den dazu gehörenden Tausenden von Arbeitern nur sehr wenige, im ganzen nur 134, an 24stündigen Wechselschichten beteiligt. Die auszuführenden Arbeiten bestehen hauptsächlich in der Überwachung und Bedienung von kleinen Martinstößen nebst Gasgeneratoren und von Temperöfen.

Gleichfalls von verhältnismäßig geringer Bedeutung ist die Frage der 24stündigen Wechselschicht für die der Industriegruppe VI angehörigen Betriebe. Etwa 500 Arbeiter dieser Gruppe werden von derartigen Schichten betroffen, und zwar durchweg Maschinisten und Heizer von Elektrofahrwerken, sowohl selbständiger Betriebe als solcher, die einen Bestandteil großer industrieller Anlagen bilden.

Verbreiteter ist die 24stündige Wechselschicht in der chemischen Industrie, nicht sowohl der absoluten Arbeiterzahl nach, als vielmehr im Verhältnis der von der 24stündigen Wechselschicht betroffenen Arbeiterzahl zur Gesamtbefestigung der beteiligten Werke. Im Jahre 1908 wurden 46 Werke, in denen 24stündige Wechselschichten vorkommen, mit 6535 Arbeitern gezählt, von denen 717, also rund 11%, an derartigen Wechselschichten regelmäßig teilnahmen.

24stündige Wechselschichten kommen vor in den mit Steinkohledestillationseinheiten verbundenen Anlagen zur Gewinnung der Nebenprodukte Ammoniak und Ammonsalze, Benzol, in Salzsäure- und Salpetersäurefabriken, in Fabriken zur Herstellung von Ammoniumsoda, Zinkweiß, Lithopone, Wasserglas, Ultramarin, ferner in Farbfabriken und Sprengstofffabriken.

In der Industrie der forstwirtschaftlichen Nebenprodukte, Bechtflossen, Seifen, Fette, Öle und Parfüme kommt die 24stündige Wechselschicht nur in Gasanstalten, allerdings hier in recht ausgedehntem Maße vor, nämlich in insgesamt 35 Betrieben mit 670 Arbeitern, von denen 251 (37,9%) regelmäßig derartige Schichten verfahren. Zu-

tungsbemüht, Juristen, Lehrer, Aerzte und Sozialpolitiker zusammengefunden haben, offenbar, weil sie empfinden, daß diese Frage des Volkswohls auch ihren Beruf ganz besonders angeht.

Unsere gefährlichsten Gegner sind indes nicht die Gleichgültigen, sondern die, die unsere Bewegung verlachen und ihr geradezu feindlich gegenüber stehen. Es sind die Kreise, die Trunksucht für ein Zeichen der Männlichkeit halten. Obgleich ich persönlich fast ganz enthaltsam bin, sehe ich grundsätzlich doch nicht auf dem Standpunkt der Müßiggutbewegung. Ich gestehe deshalb zu, daß der zulässige Alkoholgenuss ein verschiedener ist nach Beruf und Beschäftigung. Wer seine Kräfte übt in frischer Luft, in körperlicher Arbeit, wird ohne Schaden für seine Gesundheit wahrscheinlich ein größeres Quantum Alkohol zu sich nehmen können, als ein Mann, der ohne genügende Körperanstrengung in Fabrik, Handwerksstube oder Apotheke sein Leben dahin bringt. Die Müßigkeit im Trinkgenuss als solche ist aber ein Zeichen innerer Selbstzucht, die ihren Einfluß auf die gesamte Persönlichkeit ausübt. Ich, meistens, halte körperliche Gewandtheit und Kraft und vor allem einen festen Selbstständigen, in sich abgeschlossenen Charakter für ein besseres Zeichen der Männlichkeit als die Gabe, die größte Masse Alkohol ohne äußeres Zeichen der Trunksucht zu genießen oder, richtiger gesagt, zu vertilgen. Von Zeit zu Zeit lesen wir in den Zeitungen von Zweikämpfen mit tragischem Ende, die schweres Leid über Familien bringen. Liest man dann später die Verhandlungen dieses Falles, so sagt man sich nur zu oft: „Es war doch nur eine betrunkene Geschichte.“

Leider ist es unmöglich, eine umfassende Statistik des ganzen Trinkelends aufzustellen. Aber das steht fest, daß ganze Familien und einzelne Individuen den Verlust ihres ganzen Erbengutes und ihrer Lebenskraft oft einem betrunkenen Augenblick verdanken. Wir verschließen unser Hab und Gut, wir suchen uns gegen Gewalt und heimlichen Angiff zu schützen. Zur Trunksucht, im Zustande der Wandsungsunfähigkeit geben wir aber unser ganzes Schiff dem Bußfali preis. Hörens Drama „Die Geppen-

meist hub es Osenarbeiter, die das Hütten, Entseeren und Heizen der Motoren besorgen, nebst einigen Apparatenwärtern, welche die langen Schichten zu leisten haben. Die Arbeit der Dienstleute ist nicht leicht und der Aufenthalt im Motorenhaus teineswegs geahnd. Verschiedene Gasanstalten haben in den letzten Jahren die 24stündigen Schichten durch Einführung des dreischichtigen Betriebes besetzt, so die Städtischen Gasanstalten in Barmen, Düsseldorf, Essen, Elberfeld, Unna, Gladbach und Gerresheim. Die Besetzung mit der Beseitigung der 24stündigen Wechselschicht sind durchweg glücklich.

Bei Besiedlung länglicher Betriebsräume (§ 105c der G.-V.) ist der Betrieb der Wasserförderungslagen auch an den Sonntagen unvermeidlich und überall in vollem Umfang üblich. Das führt dort, wo nur in zwei Schichten zu je 12 Stunden gearbeitet wird, in der Regel ebenfalls zur Einrichtung von 24stündigen Wechselschichten. Da aber die Wasserwerke zumeist im städtischen Besitz sind, so wäre es auch hier, ebenso wie bei den Gasanstalten, Aufgabe der Stadtverwaltungen, ihre Besetzung nötigenfalls durch Einführung der 8stündigen Arbeitszeit zu ermöglichen. Dort, wo dies in den letzten Jahren geschehen ist, wie in dem Wasserwerk der Stadt Essen, ist man mit dieser Einrichtung sehr zufrieden.

Zusammenfassend ergibt sich, daß im Regierungsbezirk Düsseldorf gegenwärtig noch mehr als 8600 Arbeiter regelmäßig zu 24stündigen Wechselschichten herangezogen werden. Wenn dies auch nur 1,8% der gesamten Arbeiter der Fabriken und ihnen gleichgestellten Anlagen sind, so muß die Beschäftigung dieser langen Arbeitszeit, deren Beibehaltung, in manchen Betrieben mehr alter Gewohnheit als einem tatsächlichen Bedürfnis entspricht, doch als ein in hohem Maße erreichbares weiteres Ziel angesehen werden.

Also steht auch die Gewerbeinspektion des Regierungsbezirks Düsseldorf auf dem Standpunkt, daß die Beseitigung dieses schlimmsten Missstandes ein in hohem Maße erreichbares Ziel ist. Zu dieser Auffassung wird sich jeder menschlich führende und obektiv Denkende bekennen, und nur solche werden dagegen sein können, denen die nächsten Geldsackinteressen höher stehen wie Menschenleben, Gesundheit und Familienselbst. Denn nicht nur im Interesse der Gesundheit und Erhaltung der Arbeitskraft muss die Abschaffung dieses himmelschreienden Zustandes gefordert werden, sondern auch aus idealen, ethisch-sittlichen Beweggründen.

„Heute hab' ich den ersten wirklich freien Sonntag seit drei Jahren,“ erklärte mir vergangenen Sonntag abend ein Hochfengerbeiter auf dem Weg zu einer Gewerkschaftsveranstaltung in einem Vorort unserer Industriestadt. Der Hochofen, an dem er drei Jahre beschäftigt gewesen, war nämlich wegen einer größeren Reparatur außer Betrieb gesetzt worden. Da hatte der betreffende Kollege dem Befehl seines Vorgesetzten, bei der Reparatur mitzuhelfen, getrost, um die Gelegenheit zu einem wirklich freien Sonntag wahrzunehmen. Die Arbeiter mit ununterbrochener Tag- und Nachtshift, die zudem alle vierzehn Tage zur vierundzwanzigstündigen Frohn verurteilt sind, haben nämlich im ganzen Jahre keinen vollständig freien

„ster“ schildert in ergreifender Weise die Folgen des Lasters des Trunkes auch am kommenden Geschlecht. Und auf dieses Laster findet auch die biblische Erfahrung vollste Anwendung, daß sich die Sünden der Väter rächen an den Kindern bis ins dritte und vierte Glied.

Wir leben in einer Zeit, wo alles stilvoll sein soll. Ein gewiß schönes Streben nach künstlerischer geschmackvoller Ausgestaltung des täglichen Lebens und unserer Umgebung. Es gibt aber Stilisten, die ihre Kleidung stilvoll gestalten wollen vom Hut bis zum Stiefelabsatz und von der Klingel bis zur Lampe, die aber auf stilvolle Erscheinung ihrer eigenen werten Person, die doch nach Gottes Ebenbild geschaffen ist, dauf ihrer geringen Selbstsucht im Genuß herzlich wenig Wert legen. Hier findet Mirza Schaffys Wort Anwendung: „Auf jedem Gesichte steht seine Geschichte, sein Hass und Lieben deutlich geschrieben.“

Geschäftsmaßige Gegner unserer Bewegung sind natürlich auch die Schankwirte. Allen Respekt! Schankwirte sind einflussreiche Leute. Sie kommen mit den verschiedensten Kreisen der Bevölkerung in Berührung und spielen auch bei Wahlen seine geringe Rolle. In England und Frankreich haben Schankwirte schon Regierungen gestürzt. Und die englische Regierung erfährt es bei ihrem neusten Entwurf eines Schankgesetzes, welches dem Alkoholismus in Großbritannien wirksamer steuern soll, zu ihrem Schaden, welchen Einfluß Schankwirte und ihre Hintermänner zu üben pflegen. Ich glaube aber, es ist nicht richtig, wenn die Schankwirte eine verschärft Schankgesetzgebung bekämpfen. Wenn sich die Zahl der Schankwirte nicht weiter vermehrt, würde dies nicht nur ein Glück sein für unser Volk, sondern auch für die Schankwirte selbst. Es ist zur Bekämpfung der Böllerei in der Tat nützlich, wenn die vorhandenen Schankwirte ein ausreichendes Einkommen haben und nicht durch die Not veranlaßt werden, in ungehöriger Weise ihre Gäste zum Trinken zu veranlassen. Auch für sie würde selbst ein Aussatz an Zuwachs an Bevölkerung bald ausgeglichen werden.

Sonntag. Für sie ist eine wirkliche Sonntagsruhe nur Theorie und ein stummer Wunsch. Am Sonntag kommen sie morgens 6 bis 7 Uhr von der Schicht, hungrig und abgeradelt, jedoch die meisten weder an Erholung und Geselligkeit im Familientrete denken, sondern nur dem Ruhedürfnis ihres abgeradeten Körpers durch einen ausgedehnten Schlaf Mechnung tragen können.

Am nächsten Sonntag aber sind sie von morgens bis abends in den Werkeln eingepfercht, stehen in der Gluthitze vor den Hochöfen und Stahlwerken, während die anderen Menschen den Tag des Herrn im Gotteshaus, im Kreise der Familie und in Gottes freier Natur feiern können. Vor einiger Zeit erfuhr mir die Frau eines bei mir im Hause wohnenden jungen Metallarbeiter, daß sie seit den zwei Jahren ihrer Verheiratung noch nicht an einem einzigen Sonntag zusammen ausgegangen seien. Einfache Erklärung: Ein Sonntag sei ihr Mann in der Fabrik, am andern Sonntag liege er im Bett. Wie hier, so ist es tatsächlich bei den allermeisten dieser schwergeprüften Familien. Wo bleibt hier die religiöse Pflichterfüllung, wo das Familienselbst und die Kindererziehung?

Ganz unverständlich und für den geistigen Fleißland der betreffenden Arbeiter höchst bezeichnend ist es, wenn der Gewerbeinspektor von Liegnitz berichtet kann:

„Von den Arbeitern wird die 24stündige Schicht wieder als zu anstrengend noch sonstwie als nachteilig empfunden, obgleich die Brenner, Osenarbeiter, Heizer nicht nur gleichmäßig arbeiten müssen, sondern auch gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt sind.“ Und wenn es in den Berichten der Gewerbetriebe von Cuxhaven und Bremen heißt: „Die Abschaffung der 24stündigen Wechselschicht. D. V.) ist mehrfach an dem Widerstand der Arbeiter gescheitert, die es meist vorziehen, einen um den anderen Sonntag 24 Stunden lang zu arbeiten, wenn sie dafür an den anderen Sonntagen volle 24 Stunden von lebter Arbeit fernbleiben, da sie dann die vollen freien Sonntage zum Schlafen und Erholen ausnutzen können. Auf Drängen der Arbeiter haben daher die Betriebsleitungen die eingeführte 18stündige Wechselschicht abgeschafft und zur 24stündigen zurückgeführt.“

Etweder haben die Berichterstatter ihre Informationen von den Unternehmern bezogen, — und dann wagen wir berechtigte Zweifel in diese Angaben zu setzen — oder aber die betreffenden Arbeiter sind geistig durch die überlange ruhige Arbeitszeit schon so weit degeneriert, daß sie ihre himmelschreiende Lage überhaupt nicht mehr erkennen können und ihren eigenen Interessen entgegen arbeiten. Ein Grund mehr, durch die Gesetzgebung hier Remedie zu schaffen. Was die am 1. April d. J. in Kraft getretene Bundesratsverordnung nicht gebracht hat, darf nicht aufgehoben, sondern nur aufgehoben sein. Die Einführung der 24stündigen Schicht für die Feuerarbeiter ist die einzige befriedigende Lösung dieser brennenden Frage. Der christliche Metallarbeiterverband wird auch fürderhin nicht ruhen und rasten, bis diese Forderung der Menschlichkeit endlich eingelöst wird. Die Forderungen der

Unsere Gegner können nicht leugnen, daß der Alkoholismus die Quelle des Unglücks für Einzelne und ganze Familien, daß die Zunahme erböser und neuräuberischer Menschen geradezu erschreckend ist, vielfach gewiß veranlaßt durch die Hass und die wahlenden Ansprüchen unseres unnatürlichen modernen Lebens, vielfach aber auch Folge eigener Schuld, oder erblicher Belastung. Mir sagte einmal ein junger Beamter, es ist das ein paar Jahrzehnte her, et könnte in meinem Dienst nicht bleiben, weil er zu viel arbeiten müsse. Ich erwiderte ihm darauf, et möglicherweise einer Erfahrung vertrauen. Ich hätte viele Leute kennen gelernt, die sich zu Tode gelebt hätten, aber kaum einen, der sich zu Tode gearbeitet habe.

Untere Gegner können ferner nicht den ungeheuren Einfluß des Alkoholmissbrauchs auf Verbrechertum und Irresein leugnen. Zuchthäuser, Gefängnisse und Irrenhäuser liefern dafür den traurigen und schlagenden Beweis. Sie können auch nicht den Einfluß des Alkoholismus auf den Rückgang unseres Wehrsfähigkeit bestreiten; es ist gewiß beunruhigend, daß unsere großen Städte über 100 000 Seelen, die ein Drittel unseres Rekrutenkontingents liefern sollten, nur ein Siebzehntel liefern. Wir wollen kein Phantasie, wir wollen ein lebenskräftiges und lebensfröhliches Volk. Aber die Lebensfreude beruht auf der Lebenskraft. Und daß der Müßige und Enthaltsame seine Lebenskraft länger erhält als der Unmäßige, das dürfte unbestreitbar sein. Deshalb rufen wir auch unsern Gegnern und ihrer Feindschaft zu, wie in jenem alten Spruche über dem alten Rathause: „Was macht's?“ Wir vertreten eine vernünftige und notwendige Forderung und werden fortfahren in unserer Arbeit aus Liebe zu unserem Volke.

Gegenüber dem großen Rathaus der Pariser Exposition befand sich ein Wirtshaus, und befindet sich vielleicht auch noch, mit der Inschrift: „Man ist hier besser aufgehoben als da drüber!“ Und ja möchte ich auch den Freunden des Alkohols bis wannative Versicherung erteilen: „Man ist bei uns besser aufgehoben als bei unsern Gegnern da drüber.“

Generalversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes in Offenbach 1904, der Hüttenarbeiterkonferenz in Duisburg im August 1907 und des zweiten christlich-nationalen Arbeiterkongresses im Oktober 1907 in Berlin sind durch die inzwischen erlassene Bundesratsverordnung nicht erweitert, sondern müssen nach wie vor mit Entschiedenheit geltend gemacht werden.

Das ist aber die ureigste Sache der Arbeiter selbst. Und hier haben sie bis heute schwer an ihren eigenen Interessen gesündigt; sie haben sich selbst nicht gerichtet, sondern alles ohne Widerspruch über sich ergehen lassen. Der Organisation, die keine Bevölkerungsgruppe notwendiger hat wie die Hüttenarbeiter, ist sie zum überwiegend großen Teil ferngeblieben und haben ihre himmelschreitende Lage dadurch zum Teil selbst verschuldet und verschlimmert. Mögen sie das endlich einsehen und durch zahlreichen Beitritt in den christlichen Metallarbeiterverband das Veräumte nachzuholen versuchen.

B. D.

Arbeitslosenbeschäftigung.

Das vielleicht aktuellste soziale Problem in der Stadtverwaltung nennt Dr. Otto Most-Düsseldorf in Nr. 11 des „Arbeitsmarktes“ die Frage der Arbeitslosenfürsorge. Zur Begründung weist er mit Recht darauf hin, daß nicht nur seit 2 Jahren die wirtschaftliche Konjunktur leidet und auch in der bevorstehenden älteren Jahreszeit viele Tausende ohne Arbeit zu lassen droht, sondern daß auch das sich immer mehr verfeinernde soziale Empfinden der öffentlichen Meinung der modernen Städteverwaltung mit jedem Jahre bringlicher vor Augen hält, daß sie neben die Fürsorge für Nahrungs- und Wohnunglose auch eine Fürsorge für Arbeitslose treten lassen müsse.

In Anbetracht dieser Bedeutung des Problems der Arbeitslosigkeit ist die Nr. 11 der genannten Monatsschrift des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, die als Spezialnummern für Arbeitslosenfürsorge erschienen ist und eine Reihe einschlägiger Abhandlungen enthält, besonders beachtenswert. Hervorgehoben seien hier die Erfahrungen, die Dr. Most aus der Praxis der Arbeitslosenbeschäftigung in Düsseldorf mitteilt.

Die Düsseldorfer Notstandsaktionen in den Wintern 1901-02, 1902-03, 1907-08 und 1908-09 zeichneten sich durch großen Umfang, sorgfältige Vorbereitung und planmäßige Durchführung aus. Die Zahl der Beschäftigungstage für Arbeitslose betrug im Winter 1901-02 38 400, 1902-03 21 290, 1907-08 27 255, 1908-09 61 145. Im letzten Winter lag die Zahl der gleichzeitig an einem Tage beschäftigten Arbeitslosen bis zu 1302. Um eine glatte Durchführung einer so umfangreichen Aktion zu ermöglichen, hat die Düsseldorfer Stadtverwaltung seit einer Reihe von Jahren in jedem Sommer, möchte er sich auch noch so günstig anlassen, einen Plan entworfen für etwaige Beschäftigung von Arbeitslosen. Zum Teil wurden Arbeiten in städtischer Regie vorgesehen, teils wurden in Verträgen mit Straßenbauunternehmern Klauseln aufgenommen, wonach sich jene zur Einstellung einer gewissen Zahl von Arbeitslosen gegen eine nach der Zahl der Arbeitslosentage oder der Gesamtleistung des Unternehmens bemessene Vergütung verpflichteten. Diese frühzeitige, planmäßige Vorbereitung der Arbeitslosenbeschäftigung dürfte anderen Städteverwaltungen zum Vorbild dienen.

Was nun die Ermittlung des zur Eröffnung von Notstandsarbeiten geeigneten Zeitpunktes angeht, so vertritt Dr. Most die Arbeitslosenzählungen nach dem Stichtagzählysstein; er hält die fortlaufende Beobachtung der Ergebnisse gut organisierter öffentlicher Arbeitsnachweissstellen für ausreichend, um das Schwanken der Arbeitslosigkeit zu erkennen. Unseres Erachtens geht er mit seinem abfälligen Urteil über die Arbeitslosenzählungen zu weit. Mögen diese auch ihre Mängel haben, so sollte man doch ihren Wert als Hilfsmittel zur Feststellung des Umfangs der Arbeitslosigkeit auch nicht unterschätzen, zumal wenn das verhältnismäßig die zuverlässigsten Ergebnisse liefernde System der Zählungen von Haus zu Haus (wie u. a. in Köln) zur Anwendung gelangt. Die Gewährung von Beschäftigung ist in Düsseldorf, wie meist auch anderswo, an verschiedene Bedingungen geknüpft; so werden z. B. zunächst nur Personen mit Familienlast berücksichtigt und erst später, wenn deren Unterbringung keine Schwierigkeiten mehr macht, auch andere Arbeitslose. Sehr beachtenswert ist das zweckentsprechende Annahme- und Überweisungsverfahren, dessen streng zentralisierte Organisation das Ergebnis mehrjähriger Versuche und Erfahrungen ist. Hierüber berichtet Dr. Most:

„In früheren Jahren war die Arbeitslosennahmestelle der Armenverwaltung angegliedert; sie wurde zunächst, damit die Arbeitsgewährung äußerlich nicht als eine Tätigkeit der Armenfürsorge erscheine, hier losgelöst und dem Statistischenamt unterstellt. Gleichzeitig wurde ihr neben der Annahme der Meldungen, der Prüfung der Personalen und der Ausstellung der Annahmeecheine auch die Überweisung an die einzelnen Arbeitsstellen übertragen, die in früheren Jahren bei dem Dachbautum erfolgte. Den Arbeitslosen wurde damit das ein und der zwischen zwei und mehr Stellen der städtischen Verwaltung gespart, und die Annahmestelle war an der Hand täglich von den verschiedenen Arbeitsstellen bei ihr eingehender Rappothe stets in der Lage, sofort bei der Meldung zu beurteilen, ob die Einstellung sofort oder wann erfolgen kann, und die Leute danach zu bescheiden, vor allem aber die Angenommenen ohne weiteres entsprechend ihren besondern, dem Meldebeamten bei Rangprüfung der Personalen und durch den persönlichen Verkehr bekannt gewordenen Verhältnissen den verschiedenen Arbeitsgelegenheiten zuzuweisen.“

Obwohl die Art der Beschäftigung der Arbeitslosen sehr mannigfach war, mußte man in Düsseldorf infolge des großen Andrangs von Arbeitslosen schließlich auch noch zum Steinbruch übergehen, und funktional wird dies noch den vorliegenden Erwartungen wohl noch in größerem Maßstab gefolgt werden müssen. Die Lohnfrage wurde folgendermaßen geregelt: Die Arbeitslosen bezahlen denselben Lohn, den sie auf ihrer letzten Arbeitsstelle empfangen hatten, vermindert um 5 Prozent und mit der Einschränkung,

dass Personen mit glaubhafter nachgewiesener Familienlast höchstens den ortsüblichen Tagelohn von 8,50 M., und mindestens 2,50 M., andere Personen über 20 Jahre höchstens 8 Mark und mindestens 2 Mark, Personen unter 20 Jahren in jedem Falle nur 2 Mark erhalten sollen. Der Versuch, für den Steinbruch eine Entlohnung nach der Leistung einzutreten zu lassen, ist nicht geglückt. Am besten scheint Dr. Most die Frankfurter Methode zu sein, wonach bei gewissen Leistungen, deren Ausmaß über den guten Willen der Arbeitenden keinen Zweck läßt, ein gewisser Mindestlohn garantiert wird, während im übrigen Akkordlohn platzgreifen.

Die Kosten der Düsseldorfer Arbeitslosenbeschäftigung betrugen im letzten Winter eine halbe Million Mark, und der Steinverlust, d. h. die Differenz zwischen den Kosten, die bei Ausführung der Arbeiten durch Normalarbeiter entstanden wären und den Kosten, die infolge Ausführung durch Arbeitslose entstanden sind, rund 200 000 Mark. Ein wesentlicher Teil dieses „Steinverlustes“ ist durch Inanspruchnahme privater Unternehmer für Unterbringung der Arbeitslosen entstanden, und es wurde daher schon in der Düsseldorfer Stadtverordnetenversammlung der Wunsch laut, künftig in größerem Maße Regiearbeiten ausführen zu lassen.

Mag auch die Düsseldorfer Arbeitslosenfürsorge noch das eine oder andere zu wünschen übrig lassen — selbst die bestorganisierten Notstandsaktionen werden ja immer ihre Mängel behalten — so heißt sie anderseits doch so viele Vorzüge, daß andere Städte nachdrücklich auf dieses Vorbild hingewiesen werden müssen. Insbesondere dürften sich, wie schon betont, viele Kommunalverwaltungen an der frischzeitigen, planmäßigen Vorbereitung der Notstandsaktionen, die eine unabsehbare soziale Pflicht sind, ein Beispiel nehmen.

Ein bemerkenswertes Urteil über die christlichen Gewerkschaften.

Unser diesmaliger Gewerkschaftskongress, um den sich der Vorberetanz eines ersten, bescheidenen Jubiläums widmet, hat in erhöhtem Maße die Aufmerksamkeit auf unsere Organisationen überhaupt hingelenkt und es zeigt sich mehr und mehr, daß die Bestrebungen der christlichen Arbeiter von viel weiteren Kreisen beobachtet und verfolgt werden, als man es gemeinhin wohl annimmt. Wir stellen das nicht etwa aus dem Gefühl heraus fest, als ob wir in der Beurteilung von außen etwa einer Stütze bedürfen. Aber es kann uns doch nur lieb sein, wenn die „öffentliche Meinung“ im weitesten Sinne, und besonders auch jene Schichten, von denen wir als den gebildeten zu reden gewohnt sind, über die Kämpfe, das Ringen und Streben der arbeitenden Klasse in geeigneter und zutreffender Weise aufgeklärt werden. Unbedacht bleiben kann eine solche Bewegung, wie die unsrige, bei der heutigen Schichtung der Verhältnisse nicht mehr und deshalb begrüßen wir es, wenn die Beachtung, die ihr widerfährt, von einem richtigen Standpunkt ausgeht.

In diesem Sinne möchten wir an die Besprechung herantreten, welche das „Hochland“, Monatsschrift für alle Schichten des Wissens, der Literatur und der Kunst, unserm Kölner Kongress durch Dr. N. Bremer widmet. Von höchster Warte aus schaut diese Zeitschrift auf die gewordenen und werdenden Verhältnisse heraus. Da fallen alle Staubhäuser, wie sie der Alltag nicht zahlreich und dicht genug zu weben weiß, ab und man hat im besten Sinne des Wortes ein gefärbtes Urteil vor sich: In einem kurzen geschichtlichen Rückblick kommt der Verfasser zu dem Ergebnis:

„Heute erhebt sich über denselben (den Grundlinien der christlichen Gewerkschaftsbewegung) ein festgesetztes, den Stürmen trotzendes Gebäude, das durch seine innere Geschlossenheit machtvoll imponiert.“ Bei der Würdigung der geschichtlichen Entwicklung findet der Verfasser „die Stimmung und das Hochgefühl des den Kongress beherrschte“, begreiflich. Haben die Gewerkschaften doch die Befriedigung ihrer Stellungnahme, die sie von allem Ansang an, „mit dem klaren und natürlichen Blick“, der ihnen zur Seite gestanden, als die einzige richtige erkannt, sich in jedem Betracht durchaus bewähren zu sehen. „Indem sie auf die wirtschaftlichen Aufgaben sich konzentriert und die junge Bewegung durch religiöse und parteipolitische Zwecke nicht bersten ließen, schufen sie sich eine unangreifbare Position für ein gesunde Entwicklung.“ Treffend ist hier nach die Übereileitung zu der Charakterisierung unserer „Sturm- und Drangperiode“. Die eben gekennzeichnete Stellungnahme stellt — wir wissen es ja selbst am besten — im Hinblick auf die uns umgebenden Verhältnisse nicht mehr und nicht minder als die größte Selbstverständlichkeit dar.

„Aber auch Selbstverständlichkeiten beginnen angefochten zu werden, sobald die Zeit kommt, in welcher das, was praktisch ohne weiteres als das allein Mögliche erachtet wird, theoretisch bestimmt werden soll. Es folgten 1900 bis 1903 die trüben Jahre der Prinzipientämpfe innerhalb der christlichen Gewerkschaften (Neutralitäts- und Polstreit). Wer Sinn für organisches Wachstum hat, kann heute diese Kämpfe, die das Werk der Gewerkschaftsbewegung anzugreifen drohten, verstehen. Sie waren die hartnäckigen und gefährlichen Kinderkrankheiten der jugendlichen proletarischen Bewegung. Sie haben jene Herbenkraft und eine kluge Diplomatie in ihr groß werden lassen, die man heute bewundern kann. Die heiligste Krise wurde durch die ungemeine Kraft einer Bewegung überwunden, die in den tiefsten und dringendsten Bedürfnissen ringender Menschen wurzelte. Es folgte dann der glänzende innere Auf- und Ausbau, der der Generalstaat in seinem Bericht Erwähnung tut.“

tionen nicht aus der Retorte stammen, sondern dem Leben entspringen sind, weist wahrhaftig dieser Bericht auf.“

Das frohe Lebenswahre wiederholende Konsort dieser Kritik wird dem allem künftlichen abhüben Naturell und der — ich möchte sagen — Bodenständigkeit der christlichen Gewerkschaften in selten treffen der Weise getreut. Umso lebensfremder muß sich von diesem Hintergrund aber die Silhouette jenes Organisationsbaumes erheben, dessen Ursprung auf das Kreishaus hinweist: jenes der katholischen Fachabteilungen. Auch ihrer gedient der Verfasser und wir glauben seine bezügl. Bemerkungen mit um so größerer Berechtigung abdrucken zu können, als sie eine ernste, aber von Wohlwollen und Liebe zur Sache dictierte Mahnung enthalten.

„Man darf hier wohl die Frage aufwerfen, wo unter diesen bietenden Organisationen Nordostdeutschlands mit ihren Leistungen geblieben sind, die nicht von innen heraus sondern durch äußere Einflüsse bestimmt, sich dafür entschieden, daß die gewerkschaftliche Organisation, die Fachabteilung, im katholischen Arbeiterverein eingeschlossen bleibt. Die Kontroverse ist bekannt. Sätze, so ist zu fragen, nachdem auch das heutige Deutschland nicht sehr viel weniger Parteilösungen hat, als die deutsche Landkarte im 16. Jahrhundert Staaten aufwies, gegenüber der Macht des Industriekapitals und der erdrückenden Überzahl der sozialistischen Arbeiterschaft irgendwelchen Einfluß sich erringen können, wenn sie nicht durch ihren einzigen möglichen Standpunkt eine rostige, auch für die Werkstätte und den Kaufplatz geeignete Arbeiterbewegung sich geschaffen hätte, voll Zug- und Tatkraft, die breite Massen zu erobern imstande war?“

Wollte Gott, man betrachtete die Verhältnisse überall von einem ähnlichen Standpunkt aus, der nicht hinter sorgfältig gegen alle Zugriff verschlossenen Gardinen, sondern mitten im erfrischenden Leben gelegen ist! Es wird noch vieler Auflärungsarbeit bedürfen, bis derartige treffende Anscharungen Gemeinkunst aller uns geistig nahestehenden Kreise geworden sind.

Gewerkschaftliches.

„Wer treu gedient hat seine Zeit . . .“

Dieses allbekannte Reservistenliedchen singt alljährlich um diese Zeit aus Lücken von Fensterfronten heraus durch die Straßen. Die Soldatenmühle lebt auf dem Kopf, die Feldflasche an der Seite und den Reservistenstock in der Hand, werden fröhlich die alten lieben Straßen und Gäßchen der Heimat durchzogen.

Nach einigen Tagen der Ruhe muß dann der Königsstock ausgezogen und mit dem Arbeitsmittel vertauscht werden. Die militärische Dienstzeit ist beendet und es beginnt für die ins bürgerliche Leben entlassenen Vaterlandsverteidiger der wirtschaftliche Christenkampf mit seinen Mühen und Sorgen. Der allergrößte Teil dieser Reservisten muß wieder eingetreten in die Armee der industriellen Arbeiter, der schon vor seiner Militärzeit angehört hat. Deshalb ist es jetzt an der Zeit, die Jungmannschaft der Arbeit auch wieder an ihre Arbeitspflicht zu erinnern, damit sie sich der Organisation anschließen.

Für die Arbeiter gibt es nicht nur eine militärische Dienstpflicht, sondern auch eine Dienstpflicht in der Organisation. Wie auf dem militärischen Schlachtfelde nur eine organisierte, disziplinierte Armee Erfolge erzielen wird, so kann auch im wirtschaftlichen Kampfe um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nur eine in sich geschlossene, geschulte und disziplinierte Arbeiterschaft Erfolge erzielen. Diese Kämpfe mitzufämpfen in seinem Interesse und im Interesse des ganzen Arbeitersstandes hat jeder Arbeiter die Pflicht. Datum heißt es auch für die vom Militär entlassenen Arbeiter hinein in die Armee der organisierten Arbeiter.

Diesen Kollegen, welche schon vor ihrer Militärzeit Mitglied unseres Verbandes waren, haben sich sofort nach ihrem Eintritt in das Arbeitsverhältnis bei der zuständigen Ortsgruppe unter Vorzeigung ihres Mitgliedsbuches anzumelden und treten damit wieder in die erworbene Rechte ein. Die Zahlstellenvorstände und Vertrauensmänner werden hiermit auf diese Bestimmung aufmerksam gemacht. Die zum Militär einberufenen Kollegen mögen vor ihrem Eintritt das Mitgliedsbuch ihrem Zahlstellenvorstand abgeben oder der Zentrale einsenden. Nach Ablauf ihrer Dienstzeit erhalten sie das Buch zurück und treten wieder in ihre alten Rechte ein.

Wo sitzen die meisten Chrabachneider?

Von Mannheim aus ist vor einigen Tagen ein Waschzettel in der sozialdemokratischen Presse verbreitet worden, der von „christlichen Chrabachneidern“ zu berichten wußte. Anlaß dazu gab folgendes: Der Redakteur unseres Verbandsorgans und der eines Mannheimer Zentrumsblattes sind wegen angeblicher Beleidigung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandsbeamten Schneider in der Mannheim in erster Instanz zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Gegen das Urteil ist Berufung eingereicht. Schneider hatte bei der Chrabachneiderbewegung in Mannheim den christlichen Metallarbeiterverband an die Wand zu drücken versucht und sich geweigert, gemeinsam mit den Unternehmern zu verhandeln. Daraufhin brachten die genannten Zeitungen einen Abwehrartikel, worin die Gewalttätigkeit Schneiders kritisiert wurde. Durch einige Wendungen des Artikels fühlte sich Schneider beleidigt und lief zum Kapi. Sonderbauer Weise hat

das Schöffengericht in erster Instanz den Bellagten den Schutz des § 193 des Str. G.-G. — Wahrung berechtigter Interessen — versagt und ist zu einer Verurteilung gelangt. Soweit der Sachverhalt.

Selbst angenommen, daß die Berufungsinstanz im Sinne des erstrichterlichen Urteils erkennen würde, was wir allerdings vorläufig noch für ausgeschlossen halten, so hätten die sozialdemokratischen Blätter aber auch dann noch alle Ursache, nur zu nicht auf Grund solcher Gerichtsurteile von überführten „Chrabschneidern“, „Verleumündern“ usw. zu reden. Denn es gibt doch keine Presse, die so oft wegen Beleidigungen verurteilt wird, wie die sozialdemokratische und nicht nur zu kleinen, sondern zu hohen Geld- und oft langen Gefängnisstrafen.

Natürlich ist diese Tatsache in den Augen der sozialdemokratischen Pharisäer keine Übersführung etlicher Verleumdungen, sondern im Gegenteil noch ein Verdienst und die verurteilten Redakteure werden als rote Märtyrer gefeiert. Wenn aber ein Redakteur eines christlichen Blattes die Rechte seiner Verbandsmitglieder gegen die Unterdrückungsversuche eines sozialdemokratischen Genossen verteidigen muß und nachher auf Anrufen des zartbesaiteten Unterdrückers zu einer kleinen Geldstrafe verurteilt wird, dann ist der Betreffende ein gerichtsrechtig überführter „Chrabschneider.“

Das ist die verächtigte Doppelmoral der Sozialdemokratie, denn — Bauer, es ist was ganz anders, ob ein Sozi wegen Preszvergehens verurteilt wird oder ein Christlicher. Hier ist's ein großes Verdienst, da aber bestätigte Chrabschneidung. Vor einer solchen Moral kann man nur Abscheu empfinden. Der sozialdemokratischen Presse hätte es daher auch im übrigens noch unerledigten — Mannheimer Fall wirklich besser gestanden, wenn sie vorsichtig geschwiegen hätte, denn wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

Eine hessische Landeskongress der christlichen Gewerkschaften.

Eine Veranstaltung, die für den Bereich des Großherzogtums Hessen-Latiniedt und die Provinz Nassau Bedeutung beansprucht, dürfte die Landeskongress der christlichen Gewerkschaften werden, die am 17. Oktober dieses Jahres in Frankfurt am Main abgehalten wird. Gerade dieser Bezirk, als Herd der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bekannt, stellt ein ungemein schwieriges Gebiet der Agitation dar. Um nun die gesamte christliche Arbeiterbewegung zu beleben, wird die Teilnahme evangelischer und katholischer Arbeitervereine gewünscht. Zu diesem Zwecke sind drei Referate vorgesehen: 1. Stand der christlichen Gewerkschaftsbewegung im Bezirk; Referent Arbeitssekretär Frede (Offenbach). 2. Verhältnis zwischen Gewerkschaft und Arbeitervereinen; Referent Lindner (Frankfurt a. M.). 3. Unsere nächsten Ausgaben: Referent Generalsekretär Stegerwald (Köln). Um einen wirklichen Erfolg zu zeitigen, sollen sowohl die Orts- und Bezirkskantone der Gewerkschaften wie auch die Bezirksverbände der Arbeitervereine Delegierte entsenden. Den einzelnen Vereinen und Zahlstellen steht es frei, ebenfalls Vertreter zu delegieren. Durch möglichst rege Teilnahme dürfte die Veranstaltung belebend für den ganzen Bezirk wirken.

Unchristliche Kampfweise.

Verleumdungen und Lügen sind die Waffen, womit die Führer der christlichen Gewerkschaften in letzter Zeit mehr denn je beläuft werden. Die Sozialdemokraten und ihre verwandten Seelen leisten hierin nur hasensbar Mögliche. Auf eine Lüge mehr oder weniger kommt es dabei nicht an. Ein drastisches Beispiel liefert eine Versammlung, welche am 19. September in Mennighüsen i. W. stattfand. Der christliche Tabakarbeiterverband hat in genannter Gemeinde eine städtische Zahlstelle. Der sozialdemokratische Bewegung war es noch nicht möglich, dort Fuß zu fassen. Nach Erledigung der Reichsfinanzreform erachteten die Genossen die Zeit für gekommen, uer auch hier im Trüben sichen zu können.

So wurde denn unter versteckter Flagge eine sozialdemokratische Volksversammlung in die Wege geleitet. Als Referenten waren erschienen der Chefredakteur Hoffmann von der sozialdemokratischen Vielesfelder „Volkswacht“, und der Gauleiter der roten Tabakarbeiterverbandes Genosse Schlüter. Auch die Christlich-Organisierten waren stark vertreten. Infolge des provokatorischen Verhaltens der Sozialdemokraten kam es zu stürmischen Austritten. Der Gauleiter Schlüter wurde durch den Protest der Versammlung gezwungen, während seiner Ausführungen verschiedene Behauptungen sofort zurückzunehmen. Den Gipfel der Gemeinheit bestieg er aber, als er erklärte, der Abg. Math. Schiffer, auch dieser Herr habe für die Tabaksteuer gestimmt. Gewerkschaftssekretär Röös vom christlichen Tabakarbeiterverband versetzte sofort Richtigstellung von Seiten des Genossen Schlüter. Erklärte dieser naive Herr: „Wir sollten doch mal ruhig sein, er hätte dieses nur gesagt, um zu hören, was Röös dazu sagen würde.“ Pfui! welche Heuchelei.

Waren die christlichen Arbeiter nicht anwändig gewesen, dann wäre diese dreckste Lüge auch hier verzapft worden und man hätte der christlichen Bewegung mal wieder gründlich am Zeige klären können. Daß es durch solche offensichtliche Lügen zum Tumult kommen müsse, ist selbstverständlich. Als man aber den Ernstfall einsah, wurde Sekretär Röös das Paket verbieten. Wie sagte doch der alte Fritz? Und mit solchem Pack muß man sich herumschlagen.

Aus dem Unternehmer-Lager.

Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller

hat in der ersten Hälfte des September in Berlin eine Ausschusssitzung abgehalten, die sich mit verschiedenen aktuellen Fragen beschäftigt hat. Nach dem Geschäftsbericht zählte der Verband Ende 1908 35 Bezirksverbände, 3 angegeschlossene Vereine und 35 Einzelmitglieder, die insgesamt 513 000 Arbeiter beschäftigen, was eine Zunahme in der Zahl der beschäftigten Arbeiter von rund 12 000 bedeutet. Dem Verbande angegeschlossen haben sich der Bezirksverband in Köln mit 15 Mitgliedern und 9500 Arbeitern und der Verein der Flusschiffswerften in Hamburg mit 2000 Arbeitern. Die Einnahmen betragen 50 567,64 M., die Ausgaben 28 562,78 M. Soviel wurde über den Stand dieser einflussreichen Unternehmervororganisation mitgeteilt.

Bezüglich der Maifeier wurde eine längere Verhandlung gepflogen und schließlich beschlossen, daß der Ausschuß des Gesamtverbandes nach Prüfung durch den Vorstand unter Beihilfe der Bezirksverbände die Entscheidung treffen soll, welchen Firmen die Freigabe des 1. Mai auf Grund alten Herkommens gestaltet sein soll. Ein für uns Arbeiter wichtiger Verhandlungsgegenstand der Unternehmer-Tageung betrifft die Arbeitsnachfrage. Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller erklärte sich strikt gegen die paritätischen Arbeitsnachweise und übte schärfste Kritik an denjenigen Arbeitgebervereinigungen, die sich auf den Boden paritätischer Nachweise gestellt haben oder mit solchen absichten umgehen. So wurde darüber gellagt, daß die Bremer Holzindustriellen in Gemeinschaft mit der dortigen Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes einen paritätischen Nachweis unterhielten; denn streikende Holzarbeiter, die durch den Bezirksverband Unterstützer des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller in Beruf gebracht worden, hätten durch den paritätischen Arbeitsnachweis in Bremen Arbeit erhalten. Zu dieser Frage wurde beschlossen: Ansetzung des Gesamtverbandes dürfen paritätische Arbeitsnachweise nicht geduldet werden. Es wird für wünschenswert gehalten, daß auch der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände zu dieser Frage Stellung nimmt. — Die Scharfmacher im Lager der Metallindustriellen begrüßen sich also nicht damit, selbst die Arbeitsnachweise in ihrem einseitigen Interesse zu missbrauchen, sondern sie wollen auch noch die übrigen Unternehmer dahin bringen, in ihren Bahnen zu wandeln.

Des ferneren nahm die Ausschusssitzung der Metallindustriellen noch Stellung zur Haltung der „Arbeitgeber-Zeitung“ und zu dem neugegründeten Hansabund. Letztere Vereinigung hätte nur dann auf die Unterstützung und Mitwirkung der Industrie zu rechnen, wenn sie sich vollständig auf den Arbeitgeber (d. h. Scharfmacher-) Standpunkt stellen würde. Die „Arbeitgeber-Ztg.“ soll den Hansabund zu einer Erklärung bezüglich seiner Absichten auf sozialpolitischem Gebiet veranlassen. — Als ob das noch besonders vonnöten gewesen wäre! Für weiterblickende Arbeiter hat es von vornherein festgestanden, daß der neue mit so grossem Pomp gegründete Hansabund sozialpolitisch nur reaktionär sein konnte. Nur einige Naive aus dem Hirsch-Dunkerschen Lager witterten Morgenluft und glaubten in der neuen Organisation Unterschlupf für ihre „volkstümlichen“ Ideen finden zu können, haben aber inzwischen schon einschen müssen, daß sie wieder einmal falsch fassliert hatten und sind um eine bittere Enttäuschung reicher. Das Weihingen der H.-D. Presse über diesen jäh zerstörten Traum ist bezeichnend für die Herzogung in jenem Lager und könnte Mitleid erwecken mit den armen Versprengten, die mit ihren und trotz ihren fundamentalen Grundsätzen“ heute tatsächlich nirgends mehr Unterschlupf finden können.

Die Ausschusssitzung des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller und ihre Beschlüsse müssen für uns Metallarbeiter ein Mahnruf sein, durch die weitere Stärkung und den Ausbau unserer Organisation ein Gegengewicht zu schaffen. Nur organisierte Arbeiter können dem mächtigen Scharfmachertum gegenüber ihre Rechte wirksam verteidigen.

Streiks und Lohnbewegungen.

Tarifabschluß im Danziger Klempnergewerbe.

Nachstehend bringen wir den Wortlaut des Tarifvertrages für das Klempner-, Rohrleger- und Installationsgewerbe von Danzig und Umgebung zum Abdruck, der in der Haupttische durch das Eingreifen und unter Führung des christlichen Metallarbeiterverbandes abgeschlossen wurde:

Tarif-Vertrag.

§ 1. Vertragszeitende.

Zwischen dem Arbeitgeberverband der Klempnerbetriebe und einschlägiger Gewerbe von Danzig und Vororten, Eingetragener Verein, sowie der kleinen Klempnerinnung einerseits, und den durch die Lohnkommission vertretenen Klempnergesellen, Rohrlegern, Installateuren, Monteuren, Heizungsmon-

teuren sowie deren Gesellen andererseits wird auf Grund der vor dem Einführungskomitee des Gewerbege richt zu Danzig am 7. und 10. August 1909 geführten Verhandlungen und des von letzterem gefällten Schiedspruchs vom 10. August 1909 folgendes vereinbart:

§ 2. Arbeitszeit.

Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden pro Tag. Bei eintretendem Arbeitsmangel ist die Arbeitszeit bis auf 7 Stunden zu verkürzen, bevor Entlassungen stattfinden. Die Dauer der Pausen beträgt bei zehntägiger Arbeitszeit mindestens $1\frac{1}{2}$ Stunden; bei kürzerer Arbeitszeit mindestens eine Stunde. In den Sonnabenden ist eine Stunde; an den Vorabenden von Ostern, Pfingsten und Weihnachten sind zwei Stunden früher Feierabend zu machen, ohne daß für diese Stunden Lohn gefordert werden darf.

§ 3. Überarbeitszeit.

Überstunden sind möglichst zu vermeiden. Sind solche unumgänglich nötig, ist das möglichst einen Tag vorher mitzuteilen. Für Überstunden wird a) in der Zeit zwischen 6 Uhr morgens und 9 Uhr abends ein Zuschlag von 20 Prozent; b) in der übrigen Zeit und für Sonntagarbeit ein Zuschlag von 50 Prozent zum vereinbarten Stundenlohn gewährt.

§ 4. Kündigungsfrist.

Die gesetzlich vorgeschriebene Kündigungsfrist des Arbeitsverhältnisses wird aufgehoben. Daselbe soll beiderseitig zum Schluß jedes Arbeitstages auflösbar sein.

§ 5. Entlohnung.

Der Lohn beträgt:

1. für solche Monteure und selbständige arbeitende Gesellen, die sowohl Gas- als Wasser- und Heizungsanlagen herstellen können, pro Stunde 55 Pf.
2. für selbständige Dacharbeiter auf Neubau ten pro Stunde 55 Pf.
3. für alle übrigen Monteure und selbständigen arbeitenden Gesellen pro Stunde 48 Pf.
4. für andere Gesellen, die als solche bereits zwei Jahre nach beendeter Lehrzeit gearbeitet haben, und für die Hilfsmonteure pro Stunde 48 Pf.
5. für Junggesellen
 - a) während des ersten Jahres nach be endeter Lehrzeit nach Übereinkunft;
 - b) während des zweiten Jahres nach be endeter Lehrzeit pro Stunde 45 Pf.
6. Für Gesellen, welche infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen oder infolge ho hen Alters minderleistungsfähig sind nach Übereinkunft, aber nicht unter pro Stunde 35 Pf.
7. für Hilfsarbeiter
 - a) für solche, die nachweislich 6 Monate hintereinander mit den einschlägigen Arbeiten bereits beschäftigt worden sind (Helfer) pro Stunde 35 Pf.
 - b) für andere Hilfsarbeiter pro Stunde 35 Pf.

Soweit die Vorgenannten den vorstehenden oder höheren Lohn bereits haben, erhalten sie eine Zulage von 1 Pf. pro Stunde.

Die Lohnzahlung erfolgt Sonnabend nachmittags während der Arbeitszeit. Wartezeit gilt bezüglich der Bezahlung als Arbeitszeit.

§ 6. Außendarbeit.

Bei Außendarbeit sind die Außordnungen vorher schriftlich zu vereinbaren. Liegt keine schriftliche Vereinbarung vor, so wird der tarifmäßige Stundenlohn gezahlt.

§ 7. Zuschlag für Schmutzarbeiten.

Für besonders schmutzige Arbeiten, die eine direkte Berührung von Fäkalien mit sich führen, z. B. Reinigen verstopfter Klosets, und für Arbeiten, bei denen mehrere Tage lang im Wasser gearbeitet werden muß, wird ein Zuschlag von 20 Prozent gezahlt.

§ 8. Beräumung für Arbeiten in den Vororten.

Liegt die Werkstatt mehr als 4 Kilometer von der Werkstatt entfernt, so wird eine Zulage in Höhe des $1\frac{1}{2}$ fachen Stundenlohnes gewährt.

Bei Benutzung der Eisenbahn ist für Monteure, Hilfsmonteure und Gesellen das Fahrgeld 3. Klasse für die übrigen Arbeiter das Fahrgeld 4. Klasse zu bezahlen.

§ 9. Montagezulage.

Die Montagezulage beträgt für Monteure nicht unter 2,50 M. pro Tag und für Hilfsmonteure und Helfer nicht unter 2 M. pro Tag.

Diese Zulage wird auch an Sonn- und Feiertagen gewährt: Bei Montagearbeiten, deren Dauer zehn Wochen überschreitet, ist eine freie Hin- und Rückfahrt zu vergüten. Fahrzeit gilt als Arbeitstag.

§ 10. Durchführung des Tarifvertrages.

Maßregelungen wegen Einführung oder Aufrechterhaltung dieses Vertrages oder Mitgliedschaft zu einer Organisation dürfen gegenseitig nicht stattfinden.

Bei Streitigkeiten über die Ausführung des geschlossenen Vertrages entscheidet eine Kommission, die aus 3 Vertretern der Arbeitgeber und 3 Vertretern

der Arbeitnehmer und dem jeweiligen Vorsitzenden des Gewerbegeichts als Vorsitzenden gebildet wird. Die Anrufung kann immer nur durch eine der Parteien, bzw. deren Vertreter, nicht durch einzelne Personen erfolgen.

Die Kommission hat nach Anrufung auch einer der Parteien innerhalb spätestens acht Tagen zur Beratung und Beschlussfassung zusammenzutreten.

Die Entscheidungen der Kommission sind für beide Parteien bindend und endgültig.

Bei Differenzen, welche sich aus dem Tarif und den bestehenden Arbeits- und Werkstattordnungen ergeben, gutschieden die tariflichen Bestimmungen.

S 11. Anhänger des Tarifs.

Der Tarif ist in jeder Werkstatt an deutlich sichtbarer Stelle anzuhängen.

S 12. Vertragsschauzeit.

Vorstehender Vertrag tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft und gilt bis 31. März 1911.

Wird der Vertrag nicht spätestens 4 Wochen vor Ablauf der Vertragsszeit von einer der vertragsschließenden Parteien gekündigt, so verlängert er sich vom Jahr zu Jahr.

Vorstehenden Vertrag haben die nachstehenden verzeichneten Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Klempner-, Rohrleger-, und Fustassationsgewerbes als in allen Punkten für sie und die von ihnen Vertretenen verbindlich anerkannt und zum Zeichen der Anerkennung unterschriftlich vollzogen.

Namens der Arbeitgeber:

Arbeitgeber-Verband der Klempnereibetriebe und einschlägiger Gewerbe von Danzig und Vororten (E. B.)

gez. W. Müller, gez. Paul Liebau

Für die Klempnerinnung zu Danzig.

gez. Johannes Stamm, Obermeister.

Namens der Arbeitnehmer:

Die Lohnkommission.

gez. Gustav Schröter.

Für den christlichen Metallarbeiterverband:

gez. Jakob Minter.

Für den deutschen Metallarbeiterverband:

gez. Paul Trüngel.

Geschehen wie oben.

Der Vorsitzende des Einigungsausschusses:

gez. Dr. Mähet, Stadtrat.

Zu den Differenzen in der Hanauer Edelmetallindustrie

Ist zu melden, daß von den ungefähr 1400 beschäftigten Arbeitern und Arbeitern über 1200 ihre Kündigung auf den 9. Oktober eingereicht haben. In einer Anzahl Beiträgen konnte man lesen, daß einige Firmen die Verlängerung des festherigen Vertrages bewilligt und damit den Streitpunkt aus der Welt geschafft hatten.

Um ist davon noch nichts bekannt. Es ist dies auch leicht einzusehen, da bekanntlich der ganze Streitpunkt darin zu suchen ist, daß die Arbeitgeber durch ihre Organisation, den Arbeitgeberverband, die neue Arbeitsordnung mit den einzelnen Arbeitern abschließen wollen. Während dieselben Herren für sich das Recht der Organisation festhalten, wollen sie aber die Arbeitseorganisation nicht anerkennen.

Daß es den Herren bis jetzt noch wenig Ernst ist, dem gewiß gerechten Verlangen der Arbeiter in bezug auf eine ständliche Beilegung der Differenzen entgegenzukommen, kann man auch aus folgendem schließen: Der Oberbürgermeister von Hanau hat seine Dienste als Vermittler angedroht, um die Differenzen beizulegen. Sein Wuerbieten wurde aber vom Arbeitgeberverband abgelehnt.

Zur Beachtung für unsere Kollegen möge auch hier angeführt werden, wie sich der sozialdemokratische Metallarbeiterverband als Herr der Situation wußt. Bei der am 25. September stattgefundenen allgemeinen Versammlung der Hanauer Edelmetallindustrie hatten unsere Kollegen ebenfalls ihren Bezirksleiter Scherer von Offenbach zugezogen. Derselbe war auch erschienen, aber kaum im Saal, wurde er von zwei Genossen aufgefordert, das Portal zu verlassen. Obwohl Scherer seinen Namen und Stand nannte und sich darauf berief, daß sicher nicht alle Anwesenden Mitglieder im sozialdemokratischen Verband seien (man sagte ihm nämlich, es sei nur eine Mitgliederversammlung), wurde das Unsitzen wiederholt. Auch auf die Frage von Scherer, mit wem er eigentlich die Ehre habe, zu sprechen, und er wisse ja auch nicht, ob die Herren überhaupt ein Recht hätten, ihm das Portal zu verbieten, hatten die Herren Genossen nicht die Kürze, ihren Namen und Firma zu nennen. Der eine nicht Gefragte stellte sich dann als ein „Herr Hohmann“ vor und bezeichnete seinen Begleiter, an den die Frage gestellt war, als den „Genossen Graf“, den 1. Bevollmächtigten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes von Hanau. Nach langerem Hin und Her, bei dem es sich ja recht zeigte, wie unangenehm den Herren Genossen die Anwesenheit unseres Bezirksleiters sei, verließ letzter das Portal, um den Herrn Genossen keine Gelegenheit für eine Stunde wegen Haustiedensbruch zu bieten.

In einer von unsferer Seite abgehaltenen Versammlung am folgenden Tag wurde das Verhalten dieser Herren Genossen und namentlich des Herrn Graf gebührend gewürdigt. In einer Resolution, die in der bürgerlichen Presse veröffentlicht wurde, hat diese Versammlung Prozeß erhoben und dem kleinen Staub jedes Recht abgeprochen, so wie geschehen vorgezogenen. Weiter wurde bedauert, daß durch diese Handlungen die Einigkeit der Arbeiter gestört ist. Gerner werden die christlichen Arbeiter keine decenten Versammlungen mehr besuchen, wenn ihnen nicht die außärtsliche Gastratie geboten wird, daß sie auch ihre Verbandsvertreter mit zuziehen können.

Hoffentlich werden alle unsre Kollegen, und besonders unsere Hanauer, die Konsequenz aus der ganzen Bewegung ziehen und mehr wie jüher sich für ihre Sache interessieren und agitieren. Dann dürfte auch hier der Geistwelt eintreten, wo man nicht mehr weiß, die christlichen Arbeiter auf eine solche Weise zu bekämpfen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Nedaktionschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Dortmund-Witten. Die former und Gleicherarbeiter des Wittener Gußstahlwerkes stehen wegen fortwährender Verschlechterung der Lohnverhältnisse im Streik.

Hoppecke-Bontkirchen (Kreis Orlon). Auf der heutigen Sprengstofffabrik sind Differenzen ausgetragen.

Ohligs. Auf dem Elsen- und Stahlwerk stehen die Arbeiter im Streik wegen Lohnabzug.

Zuzug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 10. Oktober 1909 der einundvierzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 10. bis 17. Oktober fällig.

Die Arbeitslosen-Zählkarte für das III. Quartal 1909 muß schon abgesandt sein, wenn diese Nummer in die Hände der Mitglieder gelangt. Sollte in der einen oder anderen Gruppe aber versäumt worden sein, so ist es sofort nachzuholen. Die Säumigen werden im Verbandsorgan veröffentlicht werden.

Zur Beachtung für漫游的和无家可归的会员。 Alle Kollegen, die Arbeit suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine freigestellten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat diese Wiedlung dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Zählstelle unseres Verbandes besteht, wende man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Zentralvorstand. Das gleiche gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

Die Aufnahmen sind von allen dem Verband beitretenen Mitgliedern, auch von den aus anderen Organisationen vertretenden sind genau auszufüllen, vom Kassierer der Ortsgruppe aufzubewahren und bei der Quartalsabrechnung mit an die Zentrale einzuseinden. Die Kassierer mögen dieses besser wie bisher beachten, um sich später unnötige Arbeit zu ersparen.

Zur Arbeitslosenstatistik.

Nach der bisherigen Erhebungsmethode in der Arbeitslosenstatistik würde als letzter Stichtag im 4. Vierteljahr 1909 der 20. Dezember in Frage kommen. Mit Rücksicht jedoch auf das Weihnachtsfest und darauf, daß bis zum Schlusse des Vierteljahrs noch 5 Arbeitstage vorhanden sind, teilt das Kaiserliche Statistische Amt mit, daß als Stichtage im 4. Vierteljahr 1909 der 23. Oktober, 20. November und 1. Januar 1910 gelten sollen.

Wir ersuchen unsere Ortsgruppenvorstände, diese Bekanntmachung genau zu beachten und demgemäß zu handeln.

Aus dem Verbandsgebiet.

Bromberg. Kollegen der Ortsgruppe Bromberg! Wie oft ist durch Zirkulare und das Verbandsorgan zur gelegenen Teilnahme an den Mitgliederversammlungen aufgefordert und auf den Wert der leichten hingewiesen worden; leider aber ohne den gewünschten Erfolg. So kommen wir denn noch einmal mit derselben Bitte: Fort mit der Gleichgültigkeit und Lässigkeit und erscheint alle Mann für Mann in der Versammlung, damit endlich einmal ein anderer Geist in unserer Ortsgruppe einzieht. Seit 4 Monaten sind die Versammlungen nur von einem kleinen Teil der Kollegen besucht worden. Wir erinnern an die Worte, die uns unser Bezirksleiter einmal zugerufen: „Wir brauchen nicht nur euer Geld, sondern eure Köpfe!“ — Wo wollt ihr die nötigen Kenntnisse und Schulung hernehmen? Ganz gewiß in erster Linie aus den in Versammlungen gehaltenen Vorträgen und der Diskussion.

Und Schulung tut uns allen hütet not. Wie will man indifferente Berufskollegen überzeugen, wenn man selbst nicht überzeugter Gewerkschaftler ist. Nicht nur dazu allein, sondern auch um gegnerische Angriffe abzuweisen, müssen wir über das nötige Maß von Wissen verfügen. Mit dem Bekanntwerden der gesamten Ortsgruppe Gewerkschaftsbewegung wird auch das Interesse für dieselbe

wachsen und ihr werdet mit Lust und Liebe an die Agitation gehen.

Agitieren müssen wir jetzt mehr als zuvor, werden doch die Löhne nicht höher, sondern eher niedriger, die Lebensmittelpreise immer höher. Deshalb müssen wir uns immer fester zusammenhüften, damit ein Ausgleich geschaffen werden kann. Weiter folgt: Nicht des Verdienstes allein, sondern auch der langen Arbeitszeit wegen müssen wir uns organisieren. Sind beispielsweise in diesem Sommer in einer kleinen Fabrik 13 resp. 14 Stunden, ja sogar Schichten von 24—36 Stunden beißender gearbeitet worden. Daß diese der Gesundheit und dem Familienselbst zum Nutzen sein könnten, wird niemand zu behaupten wagen. Es gibt leider solche Leute, die recht „geru“ lange Schichten machen, nur um „viel Geld“ zu verdienen. Natürlich, wenn in 6 Arbeitstagen 90—100 Stunden gearbeitet werden, muß etwas verdient werden; man bedenke aber, daß die Zeit von 90—100 Stunden 1½ Woche normaler Arbeitszeit ist. Der Mehrverdienst (im Sommer) muß nachher im Winter bei 8 bezw. 9stündigiger Arbeitszeit wieder zugesetzt werden.

Dann, Kollegen! Welche Aktionierung wird euch zuteilen? Sind doch Worte, wie „faules Paar“, „faule Wanda“ an der Tagesordnung. Darum noch einmal: Fort mit der Lässigkeit, hinzu in die Versammlung, und auch euch, ihr unorganisierten Berufskollegen, die ihr mit Schuld seit an solchen Missständen, rufen wir zu: Hinein in den christlichen Metallarbeiterverband. Er will eure Interessen vertreten und er wird's tun, wenn ihr aufgewacht seid und euch unsern Leichen angegeschlossen habt. Bemühten wir uns und arbeiten wir in diesem Sinne an dem Aufbau des Verbandes, so wird und muß es auch hier in Bromberg besser werden.

Willingen. „Bildung und Anstand“ der Sozialdemokratie hat sich in der schon erwähnten Versammlung am 21. September hier im Löwensaal in bengalischem Licht gezeigt. Für ihre unnahmen Behauptungen in dem schon gebührend gekennzeichneten Ullenglücksblatt kamen Vorhölzer und Konzert nicht den Schatten eines Beweises erbringen. Deshalb klopfen und lärmten die Sozialdemokraten unter Vorantritt ihres Obergenossen Vorhölzer so lange, bis die Versammlung aufgelöst werden mußte. Mit der Absicht, die Versammlung zu sprengen, waren die Sozialdemokraten auch erschienen, wie nachher von geschwätzigen Genossen offen eingestanden wurde.

Nachdem die Versammlung gesprengt war, blieben die Genossen noch unter sich und Herr Vorhölzer hielt eine Rede an seine Sprengkolonne, wort in der hundertseitige Kreis und quer durcheinanderwarf, aber die geforderten Weise für seine Behauptungen in dem Ullenglücksblatt garnicht einmal versuchte. Selbst die denkenden Genossen — leider waren sie unter der Vorhölzerischen Sprengkolonne drin gesetzt — wurden ständig über diese Taktik ihres Anführers. Dafür entzündigte Vorhölzer seine Genossen aber durch faule Wihe und hohle Phrasen, die bei der Stimmung seiner Zuhörer natürlich großen Klublang fanden. So sprach Herr Vorhölzer am Schlusse seiner Bierrede gelassen das große Wort aus:

„Wer fünf gefundne Sime hat und nicht Sozialdemokrat ist, der ist ein Kindvieh.“

Ein weiter „Arbeiterführer“ und patenter „Volkserzieher“! Bei solcher Führerschaft ist es nicht verwunderlich, wenn die Disziplin im sozialdemokratischen Lager verloren geht und die Massen geistig verwildern. Wie sagte doch der Verbandsvorsitzende Schlick von einer solchen Erziehungsmethode: „Aufgeblasene Fröische“, die alles besser wissen wollen, nannte er soziale Prähizerplatze. Wer weiß, ob er dabei nicht auch von dem Zielvorsitzenden von Württemberg gedacht hat?

Eins aber mögen Vorhölzer und seine Trabanten sich merken, daß ihre Pläne, die christlichen Arbeiter auseinander zu legen und sie gegen ihre Führer schaft zu machen, schmähsich ins Wasser gesunken sind. Jetzt erst recht halten die christlich-organisierten Metallarbeiter treu und fest zum Verband und seinen Führern, unbekümmert um die Hehereien von rechts und links.

Leipzig. In den heutigen Metallarbeiterkreisen hat sich in letzter Zeit eine hochgradige Erbitterung gegen den Arbeitsnachweis des Metallindustriellenverbandes angesammelt. Insbesondere richtet sich der größte Groß gegen den derzeitigen Leiter dieses Arbeitsnachweises, dem eine rigorose Behandlung der Arbeitssuchenden vorworfene wird. Die Erbitterung gegen diese Zustände kam in einer vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband einberufenen öffentlichen Versammlung spontan zum Ausbruch, die von über 4000 Arbeitern besucht war. Wenn nur ein geringer Teil dessen wahr ist, was in dieser Versammlung gegen den Arbeitsnachweisverwalter Birnbaum vorgebracht wurde, dann ist es wahrlich noch schlimm genug, daß das Schicksal hunderte von Arbeitern in die Hände eines solchen Mannes gelegt sind. Hier wäre Abhilfe dringend notwendig, nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern auch im Interesse des Ansehens der Unternehmer. Auf Einzelheiten wollen wir nicht eingehen, nur den Wortlaut der einstimmig angenommenen Resolution mitteilen:

„Die am 24. September in der Überhalle des Kristallspalastes tagende Metallarbeiterversammlung nimmt mit Entschluß Kenntnis von der im Arbeitsnachweis des Metallindustriellenverbandes geübten Praxis. Die Versammlten haben aus den Ausführungen des Referenten die Überzeugung gewonnen, daß dieser Arbeitsnachweis ein Maßregelungsbureau im schlimmsten Sinne des Wortes ist.“

Sie verurteilen ferner aufs entschiedenste das von dem Arbeitsnachweisführenden Birnbaum den Arbeitssuchenden gegenüber beliebte provokatorische und willkürliche Aufrütteln und sind der Überzeugung, daß die Schäden, wie sie durch Einrichtungen, wie das obengenannte Institut geziert werden, nur beseitigt werden können durch eine starke, schlagfertige Organisation.

Die Anwesenden versprechen daher, mit aller Entschiedenheit für die Aussetzung des Organisations und für die Auflösung der in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Sorge tragen zu wollen.“

Das letztere müssen auch die christlich gesinnten Metallarbeiter Leipzig praktisch beherzigen. Auflösung und Begeisterung dazu hat uns der Vortrag des Kollegen Minter-Berlin in unserer letzten Versammlung gezeigt

gegeben. Zehnt wönnen wir steigig und unverdrossen in die Herbst- und Winteragitation eintreten. Zedet mir Agitator sein. Dann auch die Versammlungen regelmässig besuchen, das Verbandsorgan leicht studieren und überall dabei sein, wo wir uns schulen und weiterbilden können. Hand an's Werk, auf zur Agitation!

Kaiserslautern (Pfalz). Am Samstag, den 18. September fand hier von Seiten unseres Verbandes im katholischen Vereinshaus eine gut besuchte öffentliche Versammlung statt, in welcher Kollege Peter Bäcker aus Saarbrücken über das Thema: "Die christlichen Gewerkschaften und die gegenwärtige sozialdemokratische Schwindelstätte" sprach. Die rote "Rheinische Post" hatte ihre Kreuzen, welche sie als "bekämpfte" Arbeiter bezeichnete, aufgesperrt, von der Versammlung fern zu bleiben, da der Gewerkschaftsschreiter Bäcker ja doch die Unwahrheit sagen würde.

Vor dem Versammlungslokal wurde ein verlogenes Flugblatt verteilt gegen den christlichen Metallarbeiterverband, welches sich mit den Vorgängen in W.-Rheinfelden befasste. Kollege Bäcker kam deshalb auch gleich zu Beginn seines Vortrages auf die Kampfesweise der Sozialdemokraten in Kaiserslautern zu sprechen und erklärte: „Es sei sehr bezeichnend für einen Redakteur einer sozialdem. Presse, wenn er die Aussführungen eines Redners, den er überhaupt niemals gehört, noch gehört hätte, schon zwei Tage vor der Versammlung als unwahr hinstellte.“ Ferner wiederlegte der Redner mit durchschlagendem Beweismaterial das verteilte Heftflugblatt. Dann behandelte er in 1½ stündigen Ausführungen das eigentliche Vortragsthema.

Von der Notwendigkeit der Gründung christl. Gewerkschaften ausgehend, kam der Redner auf die politische Neutralität der christlichen Gewerkschaften zu sprechen. Mit stichhaltigem Material wies Kollege Bäcker nach, wie die christlichen Gewerkschaften während ihres Bestehens die politische Neutralität hoch gehalten und für dieselbe die bittersten Kämpfe geführt hätten. Nachdem Redner den wahren Charakter der sogenannten "freien" Gewerkschaften geahndet hatte, kam er auf den Hass und die Kampfesweise der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu sprechen und führte an, dass, nachdem die verschiedensten Kampfesformen nicht zum Ziel geführt hätten, versucht man, die christlichen Gewerkschaften für die Tätigkeit einzelner politischer Parteien verantwortlich zu machen. So sei die in den letzten Monaten verabschiedete Reichsfinanzreform als Kampfesobjekt gegen die Christlichen von der sozialdem. Partei, ihrer Presse und Gewerkschaften, leider aber auch von ultrareligiösen Zeitungen mit Parolen venust worden, wodurch jenderte es als einen gemeinen Schwund, eine wirtschaftliche Arbeiterorganisation für die Tätigkeit politischer Parteien verantwortlich zu machen.

In den christlichen Gewerkschaften herrscht konsequente politische Freiheit. Wenn aber wir Mitglieder Freiheit auf politischem Gebiete in unseren christlichen Gewerkschaften verlangen und jedem auf die Finger klopfen, welcher uns diese Freiheit bezeichnen will, dann dürfen wir unseren eigenen Kollegen keine Fesseln auflagen wollen, welche von einer politischen Partei in ein Parlament gewählt worden sind. Würden wir dieses als Gewerkschaftler tun, dann bediente dies der Untergang unserer Bewegung, dies wölften ja auch nur unsere Gegner bei dem gegenwärtigen Kampfe erzielen.

In vortrefflichen Worten ging dann Redner dazu über und schilderte, wie die Arbeiterschaft zum großen Teil durch ihre bisherige politische Betätigung in der Sozialdemokratie sich jeglichen politischen Einfluss genommen hätte, denn so lang wie die Sozialdemokratie eine Feindin der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung ist und dementsprechend ihre Taktik einrichtet, wird sie eine ausgeschaltete politische Partei bleiben. Deshalb können wir uns dadurch politischen Einfluss verschaffen, indem wir uns in den bestehenden bürgerlichen Parteien betätigen, außerhalb unserer wirtschaftlichen Organisationen. Dann können wir in diesen Parteien unsere politischen Interessen vertreten, Kritik üben auch an den Arbeitgeberordnungen. Vergessen wir nicht in den gegenwärtigen politischen Wahlen unsere wirtschaftlichen Pflichten. Darum mit aller Energie weiter gearbeitet an dem Ausbau unseres Verbandes.

Lebhafter Beifall wurde dem Redner zu teil. Nach einer kurzen Diskussion ernannte Kollege Bäcker die Kollegen nochmals zur unermüdlichen Agitation. Kein Mangel antheit und kein Stillstand, sondern immer Fortschritt, das muss in Zukunft die Parole der Kaiserslauterer Kollegen sein. Nach der Versammlung fand noch eine Versprechung des Vorstandes und der Vertreutensleute statt, in welcher der Kollege Bäcker Winke und Ratschläge für die Agitation gab. Hoffentlich werden die jetzt beherzigt und praktisch durchgeführt.

Würselen. Mehr Agitation! betitelt sich der Leitartikel in Nr. 39 unseres Organs. Ich möchte hier auf ein wichtiges Agitationsmoment hinweisen. Mit Herbst eines jeden Jahres werden die Reservisten vom Militär in ihre Heimat entlassen. Es ist nun Pflicht eines jeden Ortsgruppenvorstandes, diejenigen Reservisten, die vor ihrer Militärezitität Mitglied unseres Verbandes waren, an ihre alten Rechte und Pflichten zu erinnern. An ihre Rechte, die sie sich bereits durch eine längere Mitgliedschaft vor der Militärezitität erworben hatten. Es ist hier besonders die Arbeitsförderunterstützung, die in Frage kommt. Ferner müssen wir besorgt sein, dass diese Mitglieder so bald wie möglich in Arbeit kommen. Dadurch werden sie dem Verband verpflichtet und bleiben denselben eher erhalten. In ihre Pflichten müssen sie erinnert werden, die sie gegenüber sich selbst, ihrer Familie sowie der Gesellschaft gegenüber haben. Dieses trifft aber nicht nur zu für Verbandsmitglieder, sondern für alle Reservisten. Also es muss Aufklärung unter diese Kollegen gebracht werden. Dies kann am besten gezeigt werden, indem man die Reservisten zu einer Besprechung einlädt, um sie dann mit Vorlesendem vertraut zu machen, ferner ihnen noch einmal Zweck und Aufgaben des Verbandes vor Augen führen. Wird in diesem Sinne in jeder Ortsgruppe gearbeitet, dann wird sich die Arbeit schon lohnen. Unterzeichneter hat die Erfahrung gemacht, dass auf solche Weise zum Verbande manches Mitglied erhalten und zugeführt werden kann.

Dr. Sch.

Affenberg. Auch in der an Kämpfen ruhigeren Zeit zieht sich die Ehrenstempflicht ein, ebenso interessante wie verehrte Erinnerungen an dieser Stelle festzuhalten. Ein grösserer Teil unserer Kollegen ist in den Schuhert-Werken hier beschäftigt. In jolch' großen, Weltfamigen Betrieben, wie bei der Firma Siemens-Schuckert, werden sehr viele Rollen geschrieben für die Musik am Marktplatz, oder besser gesagt — für die Tonart, welche in den meisten Betrieben und Werkstätten am Ode und darüber hinaus gang und gäng ist. Beste Mästblicke haben sich hierbei in interessanter Weise gemacht.

Schon seit Jahresfrist werden hier, besonders bei Schuckert, die beiden gelben Organe, der "Bund" und die "Wehr" gratis verteilt, sogar gratis in die Wohnung geliefert. Billige Ware ist vom Jahrmarkt her schon als Manisch überbunden. Auf diese billige kost und das gesse Preiswerben von Augsburg, Berlin und anderen Stellen hin haben sich auch in den Schuhertwerken einige "strebende Leute" gefunden. Wie weit hierbei der vollende Käbel, glänzende Aussichten auf ein Böschchen, oder die 5—10 Pf., für die Heile im gelben Organ mitgewirkt haben, sei hier nicht näher erörtert. Diese strebsamen Leute haben seinerzeit durch künstliche Generalversammlungsbeschlüsse unter Assistenz einiger Werk-Stenographen in der Arbeiterschaft vermutet, dass diese Stenographen auch Material für schwarze Listen liefern sollten) den bis dahin neutralen Unterstützungsverein Schuhertscher Arbeiter in das gelbe Fahrwasser hinkriegerletzt. Da sich hin und wieder noch Arbeiter und sogar maßgebende Beamte finden, welche den Unterschied gegen früher nicht kennen wollen, sei hier die bedenklichste Bestimmung in den Vereinsparaphraphen, nämlich die Unterbindung des Koalitionsrechtes festgelegt. Die Paragraphen 2 und 3 im Statut des besagten Unterstützungsvereins enthalten folgende Stellen:

S. 2. Vereinsmitglied kann auf Grund schriftlicher Beitragsklärung, welche an den Vorstand zu richten ist, jeder Arbeiter und jede Arbeiterin der Siemens-Schuckertwerke, Nürnbergwerke, Nürnberg, und der Elektrizitäts-Akkumulationsgesellschaft vormal Schuhert u. Co., Nürnberg, werden, welcher, bezw. welche, keiner Organisation angehört, die auch in außerhalb der Firma stehenden Betrieben beschäftigte Arbeiter umfasst, auch keine dieser Organisationen in irgend einer Form untersteht.

S. 3. Angehörigen werden Mitglieder, welche Mitglied einer Arbeiterorganisation werden, die in außerhalb stehenden Betrieben beschäftigte Arbeiter umfasst, vor einer solche Organisation in irgend einer Form unterstehen.

Zögrierer, welche nachweislich vor in Krafttreten dieser Sätzen einer solchen Organisation angehören, können bestreben nicht ausgeschlossen werden.

Damit ist über die gelbe Tendenz des Unterstützungsvereins jeder Zweifel ausgeschlossen. Wer Mitglied werden will (und dazu werden die Arbeiter gekellt) muss auf das Koalitionsrecht verzichten. Dringend zu wünschen wäre, dass die Regierung Unterstützungsstellen mit solch gerechtes-bernehmender Tendenz die Genehmigung verfassen würde. Über diese Frage wird schliesslich noch im bayerischen Landtag ein deutliches Wort zu sprechen sein.

Um der Firma eine ständige direkte Kontrolle zu ermöglichen über die Mitgliederliste der Gelben, werden die Beiträge vom Lohn abgezogen. Wenn die Arbeiter durch Unterstreich ihr Einverständnis damit erklären, so muss das nach Lage der Verhältnisse gewürdigt werden. Viele mancher Arbeiter fürchten wegen "Arbeitsmangel" brotlos zu werden. So wurde die Zuangsmittelstiftung für viele füsslich gezögert. Dass die Betriebsleitung die Neutralität nicht gewahrt hat, zeigt sich offenkündig darin, dass die gelben Agitatoren in den Werkstätten ungehindert ihr Organ (Der Bund) verteilen und mit ausgeschalter Unterstreich agitieren, was natürlich jeder anderen Arbeiterorganisation strengstens untersagt ist.

Der seinerzeit an der Spize stehende und geschobene Goss wurde nach Kurzem Dienst im gelben Gold aus Krankenlage gefestet. Den frakten Mann haben seine Neiber aus dem Sattel. Bulekt war Goss bitter enttäuscht. Vor mehreren Monaten ist er gestorben und soll seine Abfahrtung zu den Gelben bis zum letzten Augenblick bitter bereitet haben. Zwischen haben sich die Gelben Schütt, Bürkel usw. mehr hervorgerufen. Diese Leute gehen zwar noch mit der blauen Bluse herum, agitieren aber in der meiste Zeit für die Gelben oder sihren im Unterstützungsverein. Unter der Arbeiterschaft wurde wiederholt die Meinung laut, der Lohn für die gelben Agitatoren werde den Arbeitern wieder zehnfach am Alford abgezogen.

Bezeichnend für den Nebenamt der Gelben ist eine Anerkennung des Gelben Rudroß, worüber der sozialdemokratische Verband in der Presse zu berichten weiß: „Zuletzt werden die Rollen wieder frech, wie wissen schon, die wollen wieder streiken, aber wir Führer legen uns schon Revolver zu für den Fall eines Streites.“ Der neu mit gelben Blumen im Knopfloch spazierende Bürkel hält jetzt schon Schießübungen, indem er, wie uns bestätigt wurde, an einem Stück Holz innerhalb der Werkstätte die Durchschlagskraft seines Revolvers probierte, ohne Mühe auf die dort beschäftigten Arbeiter. Gelbe Schießübungen gibt es in der Werkstatt wirklich nette Früchte!

Die Gelben rüttmen auch besonders ihren Einfluss auf die Einstellungen, doch hatten sie mit dieser Funktion bisher wenig Glück, denn die als Gelbe eingekleideten Arbeiter entpuppten sich nachher als knallrote Genossen, die den gelben Drahtziehern einen Streich nach dem andern spielen.

Das sitzenverderbende gelbe System, das Hass und Zwiebracht, Lüge und Henschel im Großen züchtet, wird auch der Betriebsleitung zufolge wenig Freude bereiten. Diese Verhältnisse sind zugleich eine einzige schwere Anklage gegen die verkehrt Taktik und den unsinnigen Maßfeier-Kummel des sozialdemokratischen Verbandes. Die Arbeiterschaft muss nun dafür bühen. Eine Organisation, die heute im Nebenamt und unersättlichem Kapitalismus die Welt erobern möchte und morgen finanziell ohnmächtig zusammenfällt, vermag der Arbeiterschaft keine dauernden Erfolge zu erzielen. Für die unserer Gesinnung nahestehenden Kollegen ist es deshalb ein Gebot der Selbstbehauptung, sich in die Reihen des um bessere Zustände kämpfenden christlichen Metallarbeiterverbandes zu stellen.

(Nachtricht.) Maß diese Zeilen schon geschrieben, gab der bayerische Metallindustriellen-Verband in der Tages-

Zeitung bekannt, dass ab 1. Oktober seine Arbeitsnachtwesle in München, Augsburg und Nürnberg eröffnet würden. Diese wurden bekanntlich durch Gewerkschaftsvereine vorbereitet. Bleibtfinden sich auch jährende Gelbe, welche ihre Arbeitsnachtwesle verkaufen und so als bezahlte Tenuenzianten das Schuhfacherei bewerben. Da nur auf diesen Arbeitsnachtweslestellen für die Mitglieder des B. B. M. Arbeiter eingestellt werden, wird die Tätigkeit dieser Arbeitsnachtwesle ein wachsendes Auge zuwenden sein. Gestützt auf Tatsachenmaterial und die steigende Geschlossenheit in der gewerkschaftlichen Organisation muss die Gesetzgebung dazu gedrängt werden, endlich einmal der Frage des Arbeitsnachtwesles näher zu treten, um allen Schuhfachereien einen wirksamen Krieg vorzuschieben.

Schramberg. Am Sonntag, den 26. September fand hier eine öffentliche Versammlung statt, in welcher das vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband herausgegebene Flugblatt ins richtige Licht gestellt wurde. Im genannten Flugblatt wurde, wie ja in Nr. 39 unseres Organs bereits mitgeteilt, unter Bezirksleiter Engel in der einfachsten Art und Weise verleumdet. Die Versammlung wurde durch die Presse und durch Plakate bekannt gegeben. Die leichten wurden, wohl von „Bubenhand“, heruntergerissen oder so beschädigt, dass ein wichtiger Teil desselben unleserlich war. Lass diese Arbeit von interessanter Seite ausgeübt wurde, wird jedem verständig denkenden Menschen einleuchten, wenn er bedenkt, dass dieselben erst nach Mitternacht angelebt wurden und in der Frühe schon vernichtet waren.

Die Versammlung war trotzdem gut besucht. Als dem Referenten das Wort erteilt wurde, ging der tumult schon los. Ein Genosse verlangte das Wort zur Geschäftsführung. Gewerkschaftssekretär Thelen-Mauheim, welcher das Referat übernommen hatte, erklärte ihm aber, wenn er gesprochen habe, dann kommt er an die Reihe. Nun ging der Skandal erst recht los. Wie waren schliesslich genug, vom Hausrat Gebrauch zu machen. Ein Genosse Schlachte ließ, sogar abstimmen, wer für Vorsitzwahl sei. Unsererseits wurde darauf nicht reagiert, sondern vom Referenten erklärt, dass wir die Einberufer der Versammlung seien und auch die Leitung in Händen hätten. Eine Vorerwahl gebe es nicht. Nun erklärte der genannte Genosse, indem er auf die Bank sprang, dass das Weiter so schön sei und sie keine Veranlassung hätten, bei Versammlung hinzubohnen. Dann forderte er die Genossen auf, das Lokal zu verlassen. Mit lautem Geschimpfe zogen sie ab. Man ist fast veranlasst zu glauben, die Genossen haben das Gebräu einem bekannten langjährigen Führer abgekauft, denn so ähnlich tönte es.

Der Referent schiede nun, wie verlogen das tote Phantast ist. Wir könnten aus den trefflichen Ausschreibungen erfahren, dass unser Bezirksleiter, überhaupt die ganze Streitleitung von W.-Rheinfelden, gewissenhaft ihres Amtes waltete und dass nur der Reid von Seiten des roten Verbandes es fertig bringen kann, unser Führer so in den Kot zu ziehen.

Nachdem der Referent bereits am Schluss seiner Ausschreibungen angelommen, erschien wieder drei Genossen in der Versammlung, um nach Kurzer Anwesenheit dieselbe wieder bei Beginn zu fördern. In die Diskussion griff aber keiner ein, dazu fehlte anscheinend jede sachliche Unterlage.

Ends stand in Lauterbach ebenfalls eine öffentliche Versammlung über die gleiche Angelegenheit statt. Das Thema konnte soweit ruhig abgewickelt werden. Einige Genossen ergänzen in der Diskussion das Wort, um entweder etwas vorzulesen, oder sonst etwas konfusen Zeug vorzubringen. Einier verlas ein Schreiben vom Bezirksleiter Wörner-Camstadt, worin ihm der letztere auf Anfrage erklärte, was in ihrem Flugblatt steht, der Wahrschafft entspreche. Wie einfach!

Nachdem ihnen Kollege Thelen erwiderte, ging auch hier der gleiche tumult los wie in Schramberg. Der Spiegel wurde so gross, dass auch hier vom Hausrat Gebrauch gemacht werden musste. Sämtliche Kratehler wurden notiert und dann wie in Schramberg die Versammlung mit einem Koch auf den christlichen Metallarbeiterverband geschlossen.

Die Kollegen können aus diesen Vorfällen erkennen, wie notwendig es wäre, dass jeder in solchen Versammlungen anwesend ist. Da würden sie erfahren, wie gebildet und anständig diese Freiheitshelden sind. Sicher kann jeder ehrlich gestreute Arbeitet daraus die Schlußfolgerung ziehen, dass sein Platz nur in den christlichen Verbänden sein kann. Darum eifriger in treue Pflichterfüllung dem Verbande gegenüber!

Meppen. Meppen ist ein freundliches Einzeldörfchen von 41.000 Einwohnern und liegt eben an der Stelle, wo seit 1900 der Dortmund-Ems-Kanal in die Ems mündet, die von hier bis zu ihrer Mündung kanalisiert ist. Bekannt geworden ist es hauptsächlich dadurch, dass es jahrzehntelang durch den großen Parlamentarier Windhorst (der Perle von Meppen) im Reichstage vertreten wurde. So wurde die Zuangsmittelstiftung für viele füsslich gezögert. Dass die Betriebsleitung die Neutralität nicht gewahrt hat, zeigt sich offenkündig darin, dass die gelben Agitatoren in den Werkstätten ungehindert ihr Organ (Der Bund) verteilen und mit ausgeschalter Unterstreich agitieren, was natürlich jeder anderen Arbeiterorganisation strengstens untersagt ist.

Der Spiegel wurde nach Kurzem Dienst im gelben Gold aus Krankenlage gefestet. Den frakten Mann haben seine Neiber aus dem Sattel. Bulekt war Goss bitter enttäuscht. Vor mehreren Monaten ist er gestorben und soll seine Abfahrtung zu den Gelben bis zum letzten Augenblick bitter bereitet haben. Zwischen haben sich die Gelben Schütt, Bürkel usw. mehr hervorgerufen. Diese Leute gehen zwar noch mit der blauen Bluse herum, agitieren aber in der meiste Zeit für die Gelben oder sihren im Unterstützungsverein. Unter der Arbeiterschaft wurde wiederholt die Meinung laut, der Lohn für die gelben Agitatoren werde den Arbeitern wieder zehnfach am Alford abgezogen. Das sitzenverderbende gelbe System, das Hass und Zwiebracht, Lüge und Henschel im Großen züchtet, wird auch der Betriebsleitung zufolge wenig Freude bereiten. Diese Verhältnisse sind zugleich eine einzige schwere Anklage gegen die verkehrt Taktik und den unsinnigen Maßfeier-Kummel des sozialdemokratischen Verbandes. Die Arbeiterschaft muss nun dafür bühen. Eine Organisation, die heute im Nebenamt und unersättlichem Kapitalismus die Welt erobern möchte und morgen finanziell ohnmächtig zusammenfällt, vermag der Arbeiterschaft keine dauernden Erfolge zu erzielen. Für die unserer Gesinnung nahestehenden Kollegen ist es deshalb ein Gebot der Selbstbehauptung, sich in die Reihen des um bessere Zustände kämpfenden christlichen Metallarbeiterverbandes zu stellen.

Wenn irgendwo, dann haben wahrhastig die hiesigen Kollegen die gewerkschaftliche Organisation notwendig, denn auch in Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Umstände muss man die Lohnverhältnisse der hiesigen Kollegen als völlig ungerechte bezeichnen. Den höchsten Lohn haben noch die former, die es aber auch höchstens zu einem sonst wohl geringen Lohn von einer

und schreibe 3,50 Mark bis 4 Mark bringen. Der höchste Lohn für Schlosser und Dreher beträgt dagegen nur 3,10 Mark, der sich im Allerbis 20–40 Pf. erhöht. Hüttenarbeiter erhalten den horrenden Lohn von 2,40 Mark. Doch bestimmt sind die Löhne der Junggesellen. Solche, die aus dem Werk gelernt haben, erhalten im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 1,50 M., im zweiten 1,80 M. und im dritten 2,00 M. bis 2,20 M., während fremde Junggesellen mit einem Lohn von 2,00 M. eingestellt werden. Es wird jedem Rechtentenden ohne weiteres einleuchtet, daß tatsächlich die Arbeiter auch in Meppen mit derartigen Löhnen nicht auskommen können. Der Durchschnittslohn der „Nordwestl. Eisen- u. Stahlwerksgenossenschaft“, der auch die Firma Ostermann-Meppen angehört, betrug für das Jahr 1906 schon 4,05 M., welcher Betrag von den Arbeitern der Firma O. nach den obigen Feststellungen auch für das Jahr 1909 bei weitem noch nicht erreicht wurde. Sind doch selbst Vorgesetzte der Firma Ostermann der Überzeugung, daß die dabei gezahlten Löhne unzureichend sind und haben dieser Überzeugung auch Ausdruck gegeben:

Um nun diese ungenügenden Lohnverhältnisse aufzubessern, traten unsere Kollegen im Frühjahr 1908 mit einer Eingabe an die Betriebsleitung heran. Damals glaubte die Firma unter Berufung auf die schlechte Konjunktur dem Erfuchen nicht stattgeben zu können. Der Schlußdokument, der damals unter dem 30. März 1908 von der Firma erstellten schriftlichen Antwort lautet aber folgendermaßen:

„Gönnen Sie die Belten bessern, so werde ich Ihnen ständig einen für die heilige Eisenhütte passenden Lohntarif mit steigender Lohnskala vorlegen.“

Trotzdem nun bereits im vorigen Sommer eine mehrfache Besserung der Verhältnisse eintrat, indem im Juli und August täglich eine Stunde übergearbeitet wurde, warteten die Kollegen vergebens auf eine Erfüllung der obigen Forderung. Auch jetzt macht sich wieder eine merkliche Besserung der Verhältnisse geltend, doch läßt auch jetzt wieder die Firma nichts von sich hören. Wir erlauben uns deswegen, auf diesem Wege die ergebene Anfrage, wann die Betriebsleitung die Erfüllung ihrer bereits im März 1908 gemachten Forderung vorzunehmen gedenkt? Daß die Verhältnisse verbessерungsbedürftig sind, scheint doch, nach der oben abgedruckten Antwort, die Firma selbst einzusehen. Ganz besonders im Brückenbau mühten die Löhne der Arbeiter eine gründliche Aufbesserung erfaßten. Hoffentlich wird diese Anfrage genügen, daß die Firma nach altem deutschen Brauch ein eumal gegebenes Wort auch hält.

Den Kollegen von Meppen aber rufen wir zu: „Wenn Ihr Euch vor Enttäuschungen bewahren wollt, dann stärkt Eure Betriebsorganisation, unsern christlichen Metallarbeiterverband!“ Nur im Zusammenschluß liegt unsere Kraft vereinigt sind wir nichts. Nur durch intensive opferfreudige Mitarbeit in der gewerkschaftlichen Organisation wird es möglich sein, die traurige Lage der Metallarbeiter von Meppen zu heben. Nehmt Euch ein Beispiel an den Metallarbeitern, die auch ihre tariflich sicheren und besseren Verhältnisse nicht auf dem Präsentierteller entgegengebracht bekommen, sondern sie nur durch unermüdliche Arbeit in der Organisation errungen haben. Ohne Mühe kein Preis.

Siegburg. In unserer Mitgliederversammlung am 25. September hatten wir eine wichtige Tagesordnung zu erledigen. zunächst handelte es sich um die Erhebung eines wöchentlichen Extraktales. Der Vorsitzende legte in treffenden Ausführungen die Notwendigkeit eines Lokalteiles dar und hierauf erfolgte eine eingehende Aussprache. Gegen die Erhebung eines solchen war keiner der Redner, nur wünschten einige Kollegen den Zeitpunkt der Einführung bis 1. Januar 1910 verschoben. Die Mehrheit war jedoch bei der Abstimmung für die sofortige Erhebung, d. h. vom 1. Oktober bis 31. au. Und das ist somit endgültig festgelegt. Wir bitten nun auch alle Kollegen, dem Beschluss gern und freudig nachzuhören. In der Opferwilligkeit wollen wir uns von den anderen Kollegen nicht abertreffen lassen.

Doch dies auch tatsächlich die Stimmung der hiesigen Kollegen ist, ging aus dem Resultat der freiwilligen Sammlung für die Opfer des Streites in Badisch-Rheinselben hervor. Hieraus gab der Vorsitzende noch einige Erklärungen zu verschiedenen Paragraphen unseres Status, worauf die anregend verlaufene Versammlung geschlossen wurde. Zum Schlus sei noch der dringende Appell an die Siegburger Kollegen gerichtet, alle ohne Ausnahme in der Tarif- und Konsolidation einzutreten, damit wir endlich auch in der Zahl unserer Mitglieder vorwärts kommen.

Paderborn. Die sehr verbessерungsbedürftige Lage der hiesigen Schlossergesellen sollte eigentlich ganz von selbst auf den Weg des Zusammenschlusses in den Organisation hinführen. Die Lohnverhältnisse sind besonders schlecht. Löhne von 1,80 Mark bis 2,50 M. sind gar nichts seltenes. Lassende von ungelehrten Arbeitern, Handarbeiter, Taglöhner usw. verdienen mehr, wie die gelernten Schlossergesellen in Paderborn.

Selbstverständlich bestehen bei solchen miserablen Löhnen auch noch lange Arbeitszeiten. 10½ bis 11½ Stunden bilden die Regel. Manche Gesellen werden auch noch zu allerhand außerberuflichen Arbeiten herangezogen. Es ist kein Wunder, daß den Lehrlingen und auch manchen Gesellen jede Lust und Liebe zum Handwerk vergehen muß und nur Stümper herangezogen werden, was weder im Interesse der Meister, noch der Gesellen liegt.

Es ist daher die höchste Zeit, daß die hiesigen Schlossergesellen zur Befreiung kommen und sich zunächst einmal ihrer Betriebsorganisation, dem christl. Metallarbeiterverband anschließen. Dieser Mahnatz sei hiermit nochmals an alle Betriebskollegen gerichtet. Wenige Städte gibt es, wo es die Gesellen so notwendig haben, wie in Paderborn. Dazu auf zur bewußten Standes- und Interessenvertretung im christl. Metallarbeiterverband, um eine Verbesserung unserer Lage herbeizuführen zu können. Denken wir stets an die Wahrheit des Spruches, daß es niemanden schlechter ergeht, wie er es sich gefallen lässt. Gott mit der Wohlmeinung und Gerechtigkeit, hinein in den christlichen Metallarbeiterverband.

Soziales.

Arbeiterversicherung und Kampf gegen den Alkohol.

Nach dem § 18 des Invalidenversicherungsgesetzes steht den Versicherungsanstalten die Befugnis zu, bei Versicherten, deren Trunksucht Erwerbsunfähigkeit beeinträchtigt, welche den Anspruch auf reichsgerichtliche Invalidenrente begründet, zur Abwehr dieses Nachteils ein Heilverfahren in dem geeignet erscheinenden Umfang einzutreten zu lassen. Als eine solche Krankheit ist auch der Alkoholismus anzusehen. Während nun, wie eine Übersicht über die Maßnahmen der Landesversicherungsanstalten zur Bekämpfung des Alkoholismus im „Reichs-Arbeitsblatt“ (1909, Nr. 1) lehrt, die meisten Anstalten Unterstützungen für vorbeugende Maßnahmen, sei es durch Schriftenverbreitung, Gewährung von Darlehen, behufs Errichtung von Trinkerheilstätten oder durch Jahresbeiträge an Vereine — vor allem an den Deutschen Verein gegen den Missbrauch geistiger Getränke — bewilligt, haben die allerwenigsten sich diese Heilbehandlung Trunksüchtiger (Alkoholiker) angelegen sein lassen. Und da, wo es geschehen, ist dies Vorgehen noch nicht über das Stadium des Versuchs hinausgegangen.

Über, so versichern die Landesversicherungsanstalten Schleswig-Holstein, Rheinland, Schlesien und Westfalen, die die meisten „Versuche“ dieser Art gemacht haben, die bisherigen Ergebnisse fordern zur Fortsetzung derselben auf. Dies ist, so bemerkt dazu die Zeitschrift der Zentralstelle für Volkswohlfahrt „Königsdorf“ (Nr. 4), „um so erfreulicher, als dadurch das Vorurteil, daß mit den Alkoholisten eine Heilbehandlung nicht lohne, immer mehr besiegt werden wird.“

Leider gibt auch diese kleine Statistik den schlagendsten Beweis dafür, was die Behandlung von Alkoholikern bedeutet: Von 235 Entlassenen konnte bei 134 die Kur als erfolgreich bezeichnet werden, das heißt bei 57 Prozent; rechnet man die Entlassenen hinzu, bei denen nicht Heilung, aber Besserung erzielt wurde, so stellt sich das Resultat auf 67 Prozent; wenn man weiß, wie verhältnismäßig schlecht das Krankenmaterial ist, was für chronisch Kranke in Heilstättenbehandlung kommen, so muß dies Resultat geradezu als ein hervorragendes bezeichnet werden, und der Versuch kann zur Nachahmung nicht dringend genug empfohlen werden.“

Ein Heimarbeiterkongress

hat im Anschluß an die erste schweizerische Heimarbeiterausstellung kürzlich in Zürich stattgefunden. Außer dem schweizerischen Bunde, den kantonalen Regierungen, den verschiedenen Arbeiterorganisationen war u. a. das W. Land sehr gut vertreten, so Deutschland durch Oberregierungsrat Dr. Bittmann, Vorsitzender der großherzoglich badischen Fabrikinspektion.

Als erster Referent sprach Universitätsprofessor Dr. J. Beck von Freiburg i. d. Schweiz, über: Die soziale und wirtschaftliche Lage der schweizerischen Haushaltswirtschaft. Wir verlängern die Reform der Haushaltswirtschaft, betonte der Redner, die Beseitigung der unerträglichen Mißstände, selbst auf die Gefahr hin, daß der Export beeinträchtigt und die Produktion eingeschränkt würde. Ein großer Export auf der Basis unwürdiger Löhne kann nie ein Land bereichern. Professor Beck empfahl umfassende Betriebsorganisationen der Heimarbeiter, besonders zur Herbeiführung langfristiger Tarifverträge, Gewerbeberichte, Abschaffung der Nachtarbeit der Frauen und Kinder, des Trick- und Sweatingsystems usw. durch ein eidgenössisches Heimarbeitgesetz. Der Vorkämpfer der schweizerischen Käufersliga, Professor Dr. Jean Brunhes von Freiburg i. d. Schw. sprach über das Thema: Die Heimarbeit und der Konsument. Die Methode der Bevorzugung von Artikeln, die in Etablissementen mit guten Arbeitsbedingungen hergestellt sind, sollte auch für die Heimarbeiter nutzbar gemacht werden.

Der Sekretär des internationalen Arbeitsamtes, Professor Dr. Bauer v. Basel, sprach über die Stellung des Staates zur Heimarbeit. Er forderte dringend gesetzlichen Schutz der menschlichen Arbeitskraft in der Heimarbeit und zwar vom Bund Erlass eines Heimarbeitgesetzes, das zur Aufgabe hätte: Einsetzung von Einigungsämtern zur Freitreibung von rechtsverbindlichen Mindestlohnabsätzen, Verbot des Tricksystems, Bekanntgabe der Lohnsätze vor Übergabe der Aufträge, Regelung und Einschränkung des Abzugswesens, Erledigung von Lohnstreitigkeiten durch die Gewerbeberichte. An die Kantone stellte der Referent die Forderung der Aufzahlung der eidgenössischen Tarife für die Armeebekleidung in vollem Umfang an die Heimarbeiter und forderte sodann von den Gemeinden geeignete Maßnahmen der Wohnungs- und Werkstättenpolitik. In der Diskussion wurden scharfe Anträge gegen die derzeitige Bundesregierung erhoben die in sozialpolitischer Beziehung sehr rückständig sei. Es komme vor, daß z. B. in der Stadt Zürich Arbeiter der Bundesbahnen von der freiwilligen Armenpflege unterstützt werden müßten, weil ihnen der Bund vertraglich geringe Löhne zahlte, daß sie mit demselben selbst bei seiner Familie nicht auskommen könnten.

Geldeingänge an der Hauptkasse.

Monat September.

Schwerin 14.22, Hanau 58.78, Aßfeld 127, Ennepetal 20, Boden 250, Neine 68.20, Paderborn 50.89, Ulm 100, Dier 550, Bromberg 21.90, Bruchsal 50, Bielefeld 100, Verba 133.35, Wasseralfingen 600, Augsburg 100, Wald 160, Biesen 100, Altenau 100, Scherfe 15.44, Ratzenberg 25, Nacker 700, Bielefeld 200, Hagen 250, Aßfeld 100, Rohlscheid 250, Menden 225, Gladbach 42.54, Schramberg 172, Essen 500, Markt 22.39, Kall 26.50, Böhnenbach 7.10, Osnabrück 111, Dortmund 600, Voerde 200, Engelskirchen 10.40, Hagen 180, Stromberg 8.50, Forst i. S. 19.92, Hamm i. W. 1200, Blomberg 118.45, Olpe 16.65, Wipperfürth 7.90, Bromberg 80, Hoppecke, Montkirchen 150, Oberhausen (Elbe) 150, Bremerhaven 10.10, Bredelar 40.07, Braunschweig 87.85, Düsseldorf 500, Nürnberg 45, Humboldtstraße 44.05, Kiel 11.

Briefkasten.

Es wird gebeten, die Adresse des Mitgliedes Karl Sauer, Buch Nr. 81.673 sofort an die Zentrale einzusenden, zwangsweise Vermittlung an einen Bekannten. — Nach Ludwigshafen. Kollege G. G. Wenn es selbst der Vorstand nicht für notwendig hält, in den von ihm angesehenen Versammlungen zu erscheinen, dann erklärt sich allerdings Bielefeld. Aber es liegt an den Mitgliedern selbst, hier Abschluß zu schaffen. Warum wendet Ihr Euch nicht an Euren Bezirkleiter?

Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Augsburg. Samstag, den 9. Oktober, abends 8 Uhr, Versammlung mit Vortrag im Lokal „Goldsene Glocke“. Unorganisierte mitbringen.

Alsfeldenburg. Sonnabend, den 9. Oktober, bei Kollegen Nöhl, Strickerstraße, Mitglieder-Versammlung.

Bremen. Samstag, den 9. Oktober, abends 8 1/2 Uhr bei Zimmer, Höhenstr. 5 Versammlung für die Kollegen von Heckenhause, Ritterhausen und Witzlingshausen. — Sonntag, den 10. Oktober, morgens 11 Uhr, Versammlung bei Lindemann, Oberdörnerstraße 69.

Duisburg I. Sonntag, den 10. Oktober, morgens 10 Uhr Beratungsversammlung. Schlussabrechnung fürs 3. Quartal. Im Gewerkschaftshaus Seitenstraße 19 um 11 Uhr Mitglieder-Versammlung mit Vortrag.

Eisen-Gütersloh. Sonntag, den 10. Oktober, vormittag 11 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Statuten, Steyerstraße.

Eisen-Werdau. Sonntag, den 10. Oktober, vormittags 1 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Stummelamp, Ruhstr.

Eisen-Witzlingshausen. Sonntag, den 10. Oktober, vormittags 11 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Röhne, Hauptstraße.

Eisen-Altdorf. Sonntag, den 10. Oktober, abends 7 Uhr, Mitglieder-Versammlung mit Frauen im Lokale Wind, Altdorferstraße 299.

Eisen-Frohnhausen. Sonntag, den 10. Oktober, abends 7 Uhr, Mitglieder-Versammlung mit Frauen im Lokale Bottigerstraße, Frohnhauser-Ecke Monnenstraße.

Eisenach. Samstag, den 9. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung im Konzerthaus zur Clemda.

Hamburg. Mittwoch, den 13. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Lokale Marienstr. 1.

Forst (Pausitz). Sonnabend, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung im „Prälaten“ Gerberstr. Unorganisierte mitbringen.

Gelsenkirchen-Hüllen. Sonntag, den 17. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr Versammlung bei Nachbarschule.

Gelsenkirchen-Recklinghausen. Samstag, den 16. Oktober, abends 8 Uhr, Versammlung bei Maxius.

Gelsenkirchen-Selton (Eltle). Samstag, den 9. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung bei Gerber.

Gelsenkirchen-Schalke. Sonntag, den 10. Oktober, vormittags 11 Uhr, Versammlung bei Wegeuer.

Gelsenkirchen-Bulinke. Freitag, den 15. Oktober, abends 7 Uhr Versammlung bei Fleischede.

Karlsruhe. Samstag, den 9. Oktober, im Lokale Seithel, Kaiserallee Versammlung mit Vortrag.

Kangelsheim. Sonntag, den 10. Oktober, abends 7 1/2 Uhr Versammlung bei Winkelmann.

München. Samstag, den 16. Oktober, abends 8 Uhr im „Wimmer Garten“, Schillerstr. 16, Eingang Hof rechts Monatsversammlung mit Vortrag über „Arbeitsnachweise“ Referent: Kollege Kästle.

Neckar-Hüffen. Sonntag, den 17. Oktober, nachmittags 3 Uhr im „Centralhof“, Kirchplatz Neckar allgemeine Mitglieder-Versammlung. Referent: Kollege Alles aus Hagen.

Nürnberg. Ab 7. Oktober alle 14 Tage, abends 8 Uhr im Restaurant zur Wilhelmshöhe gewerkschaftlicher Unterrichtskurs.

Oberhausen-Münchheim (Ahu). Sonntag, den 10. Oktober morgens 11 Uhr, Versammlung mit Vortrag bei Lüder.

Oberhausen (Mhd.). Sonntag, den 17. Oktober, nachmittags 4 Uhr Versammlung bei Hartgenbusch. Vortrag über Gewerbeberichte und die bevorstehende Wahl.

Solingen. Samstag, den 9. Oktober, abends 9 Uhr, Versammlung mit Vortrag über die Invalidenversicherung bei Vorhoff.

Thale a. S. Die Adresse unseres Kästlerer Kollegen Göde ist jetzt Ahorn-Allee 6^a. — Sonntag, den 10. Oktober nachmittags 3 Uhr Versammlung mit Vortrag im „Brauen Hirsch.“ Die Frauen der Kollegen sind freundlich eingeladen.

Schiffenried. Samstag, den 16. Oktober, abends 8 Uhr, Versammlung im Vereinslokal.

Weiterhammer. Samstag, den 9. Oktober, abends 7 Uhr Versammlung mit Vortrag im Vereinslokal bei Kollegen Konrad.

Ein tüchtiger Arbeiter für elektrische Apparate und Aufzüge gesucht.

der gleichzeitig musikalisch veranlagt ist und einer Musikschaft vorstehen könnte. Diesbezügliche Zuschriften erbeten an das christlich-soziale Kartell in Chur (Schweiz).